

Protokoll der 9. Sitzung**Donnerstag, 4. April 2024, 19.00 - 23.00 Uhr,
im Gemeindesaal**Vorsitz

Marc Jaisli, Präsident

Protokollführerin

Cornelia Crouch, Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

- Claudia Lupoli
- Andrin Battaglia (Ersatz)

Präsenz

Es sind 38 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 20.

Entschuldigt sind Chrisoula Giata und Fabio Toma.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Dariyusch Pour Mohsen, Simon Schumacher und Daniel Willi anstelle der zurückgetretenen Sonja Morley, Mersa Odzini und Denise Zeller Xenaki
2. Antrittsrede des Präsidenten
3. Investoren-Wettbewerb Baufeld "Dorfmetzg". Kreditbegehren
4. Ersatz von Buswartehallen, Belagsersatz in der Bühlstrasse, Anpassungen an der öffentlichen Strassenbeleuchtung und Ersatz einer Wasserleitung in der Tramstrasse. Kreditbegehren (in Koordination mit dem kantonalen Strassenbauprojekt "IO; K 242/K 210 Buchser-/Suhrer-/Tramstrasse")
5. Soziale Dienste: Erhöhung der Stellenprozente von 700 % auf 860 % ab 1. Juli 2024
6. Bericht zum Postulat von Urs Truttmann betreffend kombiniertes Betriebskonzept für den Gemeindegarten mit neu gestaltetem Bärenareal
7. Bericht zum Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Masterplan bezüglich energetischer Massnahmen bei Gemeindeliegenschaften
8. Bericht zum Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Prüfung von Solaranlagen auf Gemeindeliegenschaften
9. Postulat von Evelin Meier, glp, betreffend Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung von Buchs als eigenständige Gemeinde vs. Zusammenschluss mit Aarau (wurde als Motion eingereicht und in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
10. Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Bevölkerungsumfrage weiteres Vorgehen Verschuldung Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
11. Eingänge
12. Verschiedenes

Ordnungsantrag Urs Truttmann auf Unterbruch der Sitzung

Herr Urs Truttmann: Wir haben sehr lange überlegt, was wir machen oder was wir nicht machen wollen und uns ist es wichtig, dass wir noch kurz etwas sagen. Und zwar nach allem, was in den vergangenen Wochen passiert ist, können wir, die Fraktion der FDP, nicht ohne Weiteres in den politischen Alltag starten. Es stimmt uns nachdenklich, mit welchem Elan einzelne Akteure die politische Diskussion im Dorf in Beschlag nehmen, um ihre Zwecke zu verfolgen. Wir stören uns daran, wie man aus allem versucht, einen Skandal zu provozieren. All das Positive und all das Gute, das geleistet wird, wird weggewischt und durch das Getöse übertönt. Wie wollen wir künftig Leute finden, die in den Gemeinderat kommen? Wie wollen wir Leute finden, welche in der Buchser Gemeindeverwaltung einen guten Job machen wollen, wenn jeder weiss, dass man persönlich angegriffen wird? Wie wollen wir ohne eine positive Grundeinstellung und einen anständigen Umgang die anstehenden Aufgaben für Buchs gemeinsam angehen? Das Verhalten Einzelner hat leider dazu geführt, dass man sich im ganzen Kanton nur noch verwundert die Augen reibt und sich fragt, was denn da in Buchs eigentlich los ist. Dieses Verhalten hat Personen in verschiedensten Gremien und Parteien unzählige Stunden mit Diskussionen über angemessene Reaktionen,

über die Wirkung von diesem Wort und den Folgen von jenem Satz beschäftigt. Wirklich weiter gebracht hat das in Buchs leider niemanden. Wir möchten an dieser Stelle klarmachen, dass wir zu 100 % hinter der Arbeit des Gemeinderates stehen. Alle vom Volk gewählten Mitglieder dieses Gremiums engagieren sich mit grossem Einsatz für Buchs und verdienen nach unserer Auffassung diese Art der Behandlung nicht. Dass sich der Gemeinderat nach langer Zeit des Einsteckens und Schweigens vor ein paar Wochen auch öffentlich zu Wort gemeldet hat, empfinden wir wichtig und angemessen. In den vergangenen Tagen haben auch wir den Mediationsprozess, der zwischen den verschiedenen Fraktionen und dem Gemeinderat läuft, um die Wogen zu glätten, unterstützt und unterstützen diesen auch weiterhin, ganz klar. Wir sind daran interessiert und wollen zusammen eine gute Buchser Politik machen. Nichtsdestotrotz müssen wir an dieser Stelle zwei Dinge klipp und klar ansprechen: Marc, wir schätzen dich sehr. Marc, du wurdest von diesem Rat von allen Parteien, auch von unserer, als Präsident gewählt. Das ist ein Ehrenamt. Es hat Unkenrufe gegeben, es hat Skeptiker gegeben Marc solle seine Person etwas zurücknehmen. Das ist in den vergangenen Wochen leider nicht so gut gelungen, das finden wir schade. Darum möchten wir dich auffordern: Mach das bitte anders. Du bekommst wahrscheinlich dafür viele Likes in Social Media, es gibt aber auch Leute, die das dislikten und das möchten wir dir heute hier sagen. Mach es anders und geniesse deine Zeit als Präsident. Wir möchten mit dir zusammen diese zwei Jahre durchbringen und möchten, dass du dieses Amt mit der Würde wirst füllen können, die es verlangt. Zum zweiten Punkt: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SVP. Wir sind traurig über die unversöhnliche Linie, welche ihr gefahren seid in den vergangenen Monaten. Wir haben irgendwie das Gefühl, dass wir nicht mehr wirklich über Inhalte reden können oder über bürgerliche Ansätze. Oder dass wir Kompromisslinien finden für die anstehenden Fragen in Buchs. Der negative Grundton, den wir überall feststellen, macht den Austausch leider praktisch unmöglich. Manchmal scheint es uns, dass Publicity wichtiger ist und dass ganz viel Arbeit, Leerlauf und auch Missmut generiert wird, was für euch nicht mehr so wichtig ist, das ist unser Eindruck. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir wären froh, wenn wir wieder auf eine andere Art, eine konstruktivere Art, zusammen politisieren könnten und würden uns darüber freuen, zusammen Buchs so weiter zu bringen. Wir haben uns überlegt, wie wir ein Statement setzen können. Vielleicht ist der Zeitpunkt falsch, vielleicht ist er richtig. Das war eine der vielen Stunden, in denen wir diskutiert haben, was wir machen möchten. Wir möchten mit diesem Statement niemanden vor den Kopf stossen. Wir möchten damit nur unsere Haltung vertreten, wie wir politisieren möchten in Buchs. Wir stellen daher den Antrag auf eine Minute Gedenkpause, um so diese Haltung zu vertreten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates, wenn ihr diesem Antrag zustimmt, wäre das ein Zeichen, dass auch ihr die Haltung um eine Art des Umgangs im Buchser Politbetrieb teilt. Im Namen der Einwohnerratsfraktion FDP Buchs.

Herr Präsident Marc Jaisli: Danke, Urs, für deine Worte, sie sind angekommen. Dass wir nicht immer überall gleicher Meinung sind, muss ich nicht erwähnen. Ich glaube, dass wir das nicht "totschlagen" müssen. Mir ist geblieben, dass ihr dahintersteht. Wir werden sehen, wie das rauskommen wird.

Herr Thomas Meier: Ich möchte doch noch etwas sagen zu diesem Ordnungsantrag. Ich verstehe das Statement voll und ganz und finde es auch angebracht, aber dafür die Sitzung um eine Minute zu unterbrechen, finde ich absolut überflüssig.

Abstimmung

Der Antrag wird bei 17 : 17 Stimmen (4 Enthaltungen) mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Ordnungsantrag Samuel Hasler auf Änderung der Traktandenliste

Herr Samuel Hasler: Ich stelle einen **Ordnungsantrag** zur Anpassung der Traktandenliste: Traktandum 9, Postulat von Evelin Meier, glp, betreffend Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung von Buchs als eigenständige Gemeinde vs. Zusammenschluss mit Aarau (wurde als Motion eingereicht und in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat entgegengenommen) soll eins nach hinten gerutscht werden resp. soll das Traktandum 10, Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Bevölkerungsumfrage weiteres Vorgehen Verschuldung Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt) vorverlegt werden vor Traktandum 9. Begründung: Beides betrifft die Frage um vertiefte Zusammenarbeit, Stichwort Fusion mit anderen Gemeinden. Das eine behandelt die Basis, sprich Umfrage bei der Bevölkerung, was will die Bevölkerung, welchen Weg möchte die Bevölkerung. Das andere möchte eigentlich schon beginnen, Nägel mit Köpfen zu machen. Und ich denke, wichtig für die Debatte und die Diskussion ist, dass wir zuerst die Grundlage haben, in der zuerst einmal die Frage geklärt wird, ob wir überhaupt eine Bevölkerungsbefragung machen wollen, bevor wir dann zum nächsten kommen, ob wir schon Nägel mit Köpfen machen, sprich ob wir schon einen Fusionsvertrag mit Aarau würden in Angriff nehmen wollen. Ich glaube, das ist doch ein konstruktiver Vorschlag für den Austausch.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 32 : 5 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Inpflichtnahme von Dariyusch Pour Mohsen, Simon Schumacher und Daniel Willi anstelle der zurückgetretenen Sonja Morley, Mersa Odzini und Denise Zeller Xenaki

Dariyusch Pour Mohsen, Simon Schumacher und Daniel Willi werden vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Antrittsrede des Präsidenten

Der Präsident Marc Jaisli hält folgende Antrittsrede:

Ich möchte die Einwohnerratssitzung kurz und bündig leiten. Ich möchte mich dem super Job anschliessen, der meine Vorgängerin Christine Knüsel-Bachofner gemacht hat, vielen Dank dafür noch einmal. Ich pflege auch mit meinen Mitarbeitenden im Geschäft eine offene Fehlerkultur. Also wenn ich einmal bei PowerPoint nicht weiter klicke, oder was ganz sicher passieren wird, beim Geschäft das Eintreten nicht erfrage, dann ruft einfach dazwischen, es bringt nichts, wenn wir da einfach weitermachen. Und ich bitte euch, eure Voten kurz und bündig zu halten. Ich werde die Zeit nicht stoppen, ich denke aber, dass wir das hinbringen, kurz und bündig.

Ihr habt bei der Begrüssung gemerkt, ich brauche das nicht, "Hoi Präsident" oder "Höchster Buchser" oder etwas in dieser Art, so wie ich auch nicht auf "Liebe Einwohnerräte, liebe Kolleginnen und Kollegen" stehe. Wir sind alle Buchser und hier zusammen zu Hause, macht es doch einfach kurz und bündig.

Buchs ist die Wohngemeinde, wo ich seit Geburt zu Hause bin, die ich liebe und schätze und ich der Meinung bin ich hätte schon jede Ecke gesehen. Meine Hommage an Buchs habt ihr bereits schon im Buchser Boten gelesen. Das wäre ja langweilig, darum möchte ich es noch einmal etwas ausschmücken. Thematik der Fusion aufgreifen, machen wir nachher zur Genüge, wäre aber vielleicht auch angebracht. Aber genau in dieser Überlegung, Thematik Fusion, bin ich hängen geblieben. Wo sind die Buchser Grenzen? Wo die Grenzen jedes Buchsers sind, wissen wir vielleicht. Aber wo sind die Grenzen von unserem Buchs? Wo kommen unsere Nachbargemeinden? Like-geil wie ich bin, als ungekrönter Influencer, habe ich das natürlich so gemacht: *Der Präsident zeigt ein Video, in dem er und seine Ehefrau die Grenze von Buchs abfahren und die Wege und Strassen zählen, die nach Buchs führen.*

Ich denke, diese Pause von achteinhalb Minuten hat so manchem auch gutgetan. Ich würde euch empfehlen, die Tour durch Buchs auch einmal zu machen, es war eine spontane Idee, hat aber gutgetan, man lernt Buchs auch noch von einer anderen Seite kennen.

Investoren-Wettbewerb Baufeld "Dorfmetzg". Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. Februar 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Andreas Burgherr, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Ich beginne mit dem Antrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat beantragt uns, 470'000 Franken zu bewilligen. Damit vielleicht das Grundstück statt nur zu 4 Millionen vielleicht zu 6, zu 8 oder bis sogar zu 12 Millionen verkauft werden könnte und das noch mit dem Vorteil, dass dann wenn es schlussendlich verkauft wird, zeitnah gebaut wird und wir das beste zu Buchs passende Projekt auswählen können dabei. Kurz zusammengefasst ist das die Botschaft. Darum sage ich, ist es möglich, ist es nicht möglich, warum verkauft man es nicht einfach? Das haben wir entsprechend auch eingehend in der FGPK diskutiert und ihr seht es im Ergebnis, ihr habt es auch im Protokoll, wir waren da mit 5 : 4 Stimmen knapp dafür. Es gab auch sehr viele Gegenargumente und ich versuche, euch in ein paar wenigen Worten kurz zu erklären, worum es genau geht. Wir bekommen dann möglicherweise von der anderen Richtung, von der Gegenpartei, den Gegnern, eine Stellungnahme.

Ich war auf der Seite der Befürworter in der FGPK, ich werde versuchen, das so neutral wie möglich zu erklären und am Schluss vielleicht auch noch ein gefärbtes Urteil abgeben. Danach hören wir noch von der Gegenseite. Um was geht es? Wir haben hier eingefärbte Parzellen, die der Gemeinderat uns zum Verkauf vorschlägt und man vorgängig einen Investorenwettbewerb durchführt. Das betrifft die Parzellen, auf denen heute ein Parkplatz ist, die Parzelle 1077, den Weg dazwischen, die ehemalige Metzgerei, dann ein Wohnhaus, in dem heute Suter Solar ist, die Garagenparzellen, das Chalet und dann noch eine Restgrünfläche, die an die Mitteldorfstrasse und das Bushäuschen grenzt. Im Zonenplan ist das Areal der Zentrumzone zugeordnet und die Zentrumzone zeigt, dass man hier grundsätzlich 16 Meter hoch bauen darf. Wenn man im Erdgeschoss Gewerbe einrichtet, darf man sogar einen Meter höher bauen. Das Gewerbe braucht in der Regel etwas höhere Räume. Und im Paragraf 5 BNO steht, dass wenn man einen Gestaltungsplan macht, kann sogar bis zu 6 Meter 40 höher gebaut werden, wenn das Projekt als übergeordnet eingestuft wird, von ausserordentlicher Qualität ist oder der Gemeinde einen Mehrwert bietet. Im Vorfeld hat der Gemeinderat von Basler & Hofmann eine Potentialstudie erstellen lassen um zu erfahren, was man überhaupt auf diesem Areal bauen könnte, zum einen nach Regelbauweise, zum anderen, wenn wir den Gestaltungsplan vorher ausleuchten. Das habt ihr in der Botschaft gesehen, das sind die drei Beispiele. Es sind auch noch andere Szenarien ausgearbeitet worden, aber das sind die drei Varianten, die in der Botschaft ausgearbeitet worden sind: "Punkt"-Bauten oder längere Bauten mit einem höheren Punkt in der Mitte oder dann ein Bau im zugelassenen Maximum mit einem hohen Riegelbau der Strasse entlang. Das wäre dann die Variante mit dem gesetzlichen Maximum, wo wir alles ausschöpfen könnten. Was bedeutet nun ein "Investorenwettbewerb"? Investorenwettbewerb heisst, dass man das Land nur aufgrund eines verbindlichen Projekts einem Investor verkauft. Das heisst, es werden sich Teams bilden, die dann einen Vorschlag im Rahmen einer Wettbewerbsausschreibung machen, was sie sich auf diesem Areal vorstellen könnten. Wir können zu dieser Wettbewerbsausschreibung ausschreiben, welche Ziele, welche Werte, welche Rahmenbedingungen gelten sollten. Und dann können Investorengruppen resp. ein Team mit den entsprechenden Fachplanenden wie Bauingenieur, Landschaftsplaner, Architekt und was es weiter für dieses Projekt braucht, Ideen eingeben zusammen mit einer Berechnung zur Tragbarkeit und zusammen mit einer Aussage, welchen Preis sie bezahlen würden, wenn sie ihr Projekt bauen dürften. Da werden hoffentlich mehrere Projekte eingehen, die dann ein Bewertungsgremium beurteilen und das für Buchs am besten passende Projekt auswählen wird. Ob das ein Projekt sein wird, das das Maximum rauszuholen versucht, dafür einen hohen Bodenpreis erlaubt, oder ob es ein Team ist, das eher im

Minimum unten bleibt, kann man dann abwägen und entsprechend auswählen, was am besten zu uns passt. Es hat noch einen weiteren Vorteil, man kann es auch mit einer Option versehen, wie wäre es, wenn wir es nur im Baurecht abgeben würden? Dann würde das Land sogar unter Umständen bei der Gemeinde bleiben, aber man hätte dann nicht einen so grossen Verkaufserlös, dafür über Jahrzehnte hinaus einen möglichen Zinsertrag. Dem gegenüber steht, genauso, wie es zurzeit dasteht, verkaufen kann. So könnte ein Investor das Land so kaufen, müsste aber nicht zwingend etwas damit machen. Man könnte zwar im Vertrag erwähnen, dass gebaut werden muss, aber wenn dann gerade kein Geld vorhanden wäre für einen Bau, hätte man dann keine grosse Handhabung mehr, dagegen etwas zu unternehmen. Das heisst, der Status Quo könnte dann relativ lange so bleiben. Weiter hätten wir bei einem verkauften Land keine weiteren Möglichkeiten für eine Mitgestaltung, es wäre dann gemäss BNO alles möglich. Das hätte auch den Vorteil, dass wenn man verkaufen möchte, man das sehr schnell machen könnte. Man könnte also theoretisch morgen auf die Suche gehen nach Investoren und hätte das Land wahrscheinlich bis Ende Jahr verkauft, wobei das andere Verfahren sicher ein Jahr länger dauern würde. Man kann sich aber fragen, warum denn dieser Wettbewerb, der so viel kostet, wieso Fr. 470'000.-- ausgeben, wenn man es einfach so verkaufen könnte, und warum kann man das nicht günstiger machen. Ich spreche etwas aus meinen Erfahrungen heraus, weil ich zum Teil selber bei solchen Wettbewerben mitmache bei meiner Arbeit. Da steckt zum Teil sehr viel Arbeit dahinter, da muss jedes Team über 1'000 Arbeitsstunden investieren, um diese Vorschläge zu machen, die Tragbarkeitsrechnungen, die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und ein kleines Vorprojekt zu präsentieren. Und dann werden sich da nur gute Teams dafür bewerben, wenn ein gutes Wettbewerbsprogramm vorliegt, wenn man sieht, dass auch eine gute Jury vorhanden ist, die das beurteilen kann, und nicht nur sagt, das ist schön, das ist weniger schön. Und dann schliesslich auch, auch wenn nur einer gewinnen kann, mindestens eine so hohe Entschädigung geleistet wird, damit man nicht nur Kaffee trinken gehen kann. Wenn diese Kriterien gegeben sind, dann haben wir auch die Chance, dass wir gute Teams dabei hätten, die entsprechend etwas Gutes machen könnten auf diesem Areal. Wenn die Entschädigung zu tief ist, bekommen wir kein Angebot oder eben nur solche, die keine so hohe Qualität aufweisen, die wir gerne gehabt hätten. Weil das eine müssen wir auch sehen, dieses Land ist nicht gerade die Schokoladenseite von Buchs, es ist die Strasse, die da durchführt, es ist lärmbelastet, da wird es auch nicht den Maximalbetrag geben wie für ein Areal in einem ruhigen Quartier. Es braucht aber vielleicht auch gute Ideen, um etwas zu gestalten, das unserem Dorf dient und nicht nur ein weiteres Schlaf-Haus gibt, in dem die Leute tagsüber anderswo arbeiten und nachts schlafen und nichts zum Dorfleben beitragen. Wie kann man das machen, das wäre eben die Chance, wie man den Wettbewerb gestaltet, in dem wir einen Wohnungsmix vorgeben würden oder Vorschläge machen, wie man die Grünflächen attraktiv gestalten könnte. Diese Chance, den Wettbewerb auszuarbeiten, hätte man, wenn man dieses Budget genehmigen würde. Nach dem Wettbewerb, ich habe es bereits angekündigt, gibt es einen Jurybericht, in dem die Angebote gewürdigt werden und auch die Argumente dargelegt werden, warum das eine Angebot gewonnen hat. Dann gibt es in der Regel eine Ausstellung, die üblicherweise für die Öffentlichkeit ist. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat das auch machen wird. Und zum Schluss gibt es so oder so eine Volksabstimmung, in der man über den Verkauf des Landes entscheiden muss, aber das trifft in beiden Fällen zu, ob man direkt verkauft oder mit dem Wettbewerb. Nur mit dem Wettbewerbsverkauf können wir über den Inhalt bestimmen, mit dem Direktverkauf wissen wir nicht, was dort entstehen wird. Eine Volksabstimmung ist ein Stück weit immer auch ein Bauchentscheid, weil das Volk bekommt ein Stück Papier, auf dem "Ja" oder "Nein" steht. Und natürlich, wenn wir es direkt verkaufen, wir brauchen Geld, wir haben es auch wieder gehört, das letzte Jahr wurde noch schlechter abgeschlossen, als befürchtet worden ist, wir könnten also mit dem Direktverkauf relativ rasch zu Geld kommen. Aber eben, wir können zukünftig eben auch nicht bestimmen, was auf dem Areal entsteht, was alle, die nach oder durch Buchs fahren, dort sehen werden. Beim Verkauf mit Projekt, können wir mitentscheiden, was entsteht. Es ist also eine Grundsatzfrage, wollen wir aufgrund der Finanzen unser Tafelsilber einfach verkaufen oder wenn wir denn verkaufen müssen, es dann wenigstens so versuchen zu machen, dass wir den maximalen Gewinn für die Gemeinde herausholen können. Ich erlaube mir, euch dieses Bild zu zeigen: Wenn es uns als Familie so schlecht geht, dass ich unser Auto verkaufen

muss, lohnt es sich vielleicht, es vorher aufzupolieren um einen Tausender mehr zu verdienen. Das macht dann vielleicht statt Fr. 5'000.--, Fr. 6'000.--, das sind ungefähr vielleicht 10 Prozent des Familienbudgets, so wie das Projekt auch ungefähr 10 Prozent des Gemeindebudgets sind. Die 10 Prozent oder Fr. 4'000.-- des Familienbudgets sind schnell weg, so wie auch die 10 Prozent oder 4 Millionen Franken des Gemeindebudgets. Aber wenn dafür etwas Besseres entsteht, lohnt es sich vielleicht, das Poliertuch zu zücken. In diesem Sinne ist das dieser Antrag, der hier steht, dem wir in der FGPK mit 5 : 4 zugestimmt haben.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 4 Stimmen, für die Durchführung eines Investoren-Wettbewerbs Baufeld "Dorfmetzg" sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 470'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand Juni 2023, Kostengenauigkeit \pm 15 %) zu Lasten Konto 10800.01 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Herr Samuel Hasler, Vertreter der Minderheit der FGPK: Ich spreche leider nur für die Minderheit, mit einer Stimme waren wir unterlegen, darum durfte ich auch keine coole PowerPoint-Präsentationen erstellen. Namens der FGPK-Minderheit präsentiere ich euch den **Antrag**, dass der Verkauf des Dorfmetzg-Areals nicht mittels Investorenwettbewerb stattfinden soll, sondern wir beantragen den regulären Verkauf des Areals. Wir haben in den Unterlagen gesehen, dass das Areal Dorfmetzg ein grosses Potential bietet und die Wohnort-Bedürfnisse, die grosse Nachfrage nach Wohneinheiten, die wir in unserem Dorf haben, stillen kann. Es ist aber auch, das haben wir auch gesehen, kein günstiges Areal. Bei diesem Verkaufspreis von über Fr. 2'000.-- pro Quadratmeter ist es schon recht teuer. Und klar ist auch, wer das Areal kaufen will, möchte investieren, möchte darauf auch etwas bauen. Mittels dieses Investorenwettbewerbs erhofft man sich, oder besser gesagt erhofft sich der Gemeinderat, mehr Einfluss nehmen zu können auf das Projekt, dass man mitbestimmen kann, was tatsächlich realisiert wird. Aber die Mitbestimmung mit diesem Wettbewerb kostet ziemlich. Mit einer halben Million Franken, was in unserer Dorfwährung in Steuerprozent sicher 3 Prozent bedeutet, ist es doch eine sehr happige und zwingend zu hinterfragende Ausgabe. Ist die Mitbestimmung dieses Geld wirklich wert? In der heutigen BNO, die wir vorher auf der PowerPoint-Präsentation gesehen haben, hat der Gemeinderat bereits jetzt die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, wenn jemand auf diesem Areal etwas bauen möchte. Die Ausnützungsziffer kann durch den Gemeinderat verfolgt werden. Die Gebäudehöhe ist bis mindestens 16 Meter möglich sowie ein Meter mehr, wenn 50 Prozent gewerblich genutzt werden. In der Zentrumszone kann mittels eines Gestaltungsplans die Gebäudehöhe um weitere 6.4 Meter erhöht werden, wenn dadurch eine bessere Lösung erreicht wird und eine umfassende Interessensabwägung stattgefunden hat. Der Gestaltungsplan muss sogar stattfinden, weil es ein Pflichtgestaltungsplan-Gebiet ist. Dementsprechend muss eine öffentliche Durchleuchtung stattfinden, es muss eine abgestufte Baustruktur am ursprünglichen Dorfkern sein, es muss sich orientieren an der raummetrischen und architektonischen Ausstattung von Bauten und Anlagen des ursprünglichen Dorfkerns. Es muss die Gestaltung des Strassenraums von Fassade zu Fassade einhalten. Kurzgefasst, es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die der Gemeinderat hat, um Einfluss zu nehmen, was auf diesem Areal gebaut wird und dafür braucht es keinen Investorenwettbewerb. Die Möglichkeiten, dieses Werkzeug hat der Gemeinderat, es kostet nicht, sie können es einsetzen, sie müssen es einsetzen. Unserer Meinung nach braucht es keinen Investorenwettbewerb. Der Gemeinderat hat selber auch bestätigt, dass er auch ohne Investorenwettbewerb die Liegenschaft verkaufen und auch ohne Investorenwettbewerb einen guten Preis erzielen kann. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat einen passenden Käufer finden wird, um dieser alten Liegenschaft ein neues Zuhause zu ermöglichen, vielen Dank.

Antrag der Minderheit

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Baufeld Dorfmetzg ohne weiteres Verfahren direkt zu verkaufen.

Diskussion

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich möchte euch nicht langweilen, es ist viel gesagt worden zu den beiden Anträgen, das stimmt alles. Ihr habt die Botschaft gelesen, ihr habt jetzt die Beurteilungen gehört der FGPK. Ich möchte einfach ein paar zusätzliche Erläuterungen abgeben. Vorliegend handelt es sich aus der Sicht des Gemeinderates um ein finanzpolitisches Geschäft, das aber einen ganz starken Bezug zur Dorfentwicklung hat. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren das vorhandene Areal, das wir bereits hatten, mit dem Erwerb von zwei Gebäuden, nämlich das der Spenglerei Suter mit den Wohnungen über dem Geschäft und Metzgerei Gysi, arrondiert, die FGPK hat dem jeweils zugestimmt, mit dem Ziel, dass wir die Dorfentwicklung positiv beeinflussen können und die Liegenschaften später für eine Überbauung veräussern können. Das war immer der Hintergrund, wir wollten nie Land erwerben, um es zu horten oder selber zu bauen. Nebst der unpopulären Steuererhöhung ist der Verkauf eine der Massnahmen, mit der wir aus eigener Kraft einen Beitrag leisten können, um unsere Schuldsituation zu verringern. Aus diesem Grund kommt dieses Geschäft zum jetzigen Zeitpunkt. Der zweite Grund ist, dass wir die BNO haben abwarten müssen, das ist aber jetzt bald erledigt. Es gibt, wie wir in der Botschaft dargestellt haben, verschiedene Möglichkeiten, die Liegenschaften zu verkaufen: Direktverkauf ohne weitere Massnahmen, Ziffer 4.2 in der Botschaft, Abgabe im Baurecht, Ziffer 3.4, oder der Verkauf mit einem Investorenwettbewerb. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass die letzte Variante für ihn die meisten Vorteile bietet. Die Potentialstudie gibt uns eine gute Grundlage, dass man sich überhaupt an dieses Gebiet herantasten und schauen kann, was man dort lösen kann. Die Bandbreite eines geschätzten Verkaufserlöses von 4 bis 12.5 Millionen Franken, die Wüest & Partner geschätzt hat, steht in direkter Abhängigkeit zur baulichen Dichte, die man da realisieren kann. Die Zahlen, die Samuel Hasler vorher erwähnt hat, sind ebenfalls korrekt. Das kann man mehr oder weniger ausschöpfen, man muss dann einfach schauen, was passt. Auf das Baurecht gehe ich nicht weiter ein, ihr könnt aber dazu Fragen stellen. Noch eine kurze Beurteilung aus unserer Sicht zum Direktverkauf, gestützt auf die bestehende Grundlage, Potentialstudie, neue BNO, Gestaltungsplanpflicht, das ist richtig, mit einer Gestaltungsplanpflicht können wir einen gewissen Einfluss nehmen, da kann man nicht einfach machen, was man will, das ist ebenfalls korrekt. Was hier positiv anzuführen wäre, sind die Verkaufskosten, die bei direktem Verkauf sicher deutlich geringer ausfallen, als wenn wir einen Investorenwettbewerb machen, aber es fallen auch da Kosten an. Ich beurteile das Verhältnis nicht mehr vom Verkäufer, sondern von der öffentlichen Hand und dem Investor. Das Verhältnis Öffentliche Hand und Investor ist eine Standardsituation, die x Mal vorkommt, und wir sind uns grundsätzlich gewöhnt, uns damit zu beschäftigen. Und dann gibt es eher negative Verhältnisse, ob wir den optimalen Verkaufserlös bekommen werden, ist für mich und den Gemeinderat fraglich, weil das effektive Nutzungspotential offen ist. Das ist eine relativ komplexe Situation, auch mit dem Lärm und dem Drumherum, mit den gestalterischen Anforderungen und den Investoren, das hat Andreas ausgeführt, sie können uns nicht irgendeinen Preis zahlen, der muss sich rechnen und am Schluss möchte man auch das realisieren, was man offeriert hat. Also ist sicher, die Verhandlungen im Rahmen eines solchen Verfahrens sind anspruchsvoll. Der Druck auf eine maximale Dichte und auf die Realisierung eines optimalen finanziellen Interesses des Investors versus Gestaltung sind Dauerbrenner in solchen Situationen. Der Überbauungszeitpunkt ist relativ schwierig zu kontrollieren, wir haben noch nicht einmal ein Projekt, wir verkaufen es einfach und es wird irgendwann gebaut. Denn das einzige Druckmittel neben der Projektentstehung, wird sein, dass wir sagen, dass wir sonst das Land zurückkaufen, was wir eigentlich überhaupt nicht wollen. Die Bevölkerung kann im Referendumsfall last but not least einfach über den Ver-

kaufspreis abstimmen und das Projekt ist eine Blackbox, was man positiv oder negativ beurteilen kann, ich stelle das einfach fest. Beim Investorenwettbewerb, ihr habt es gehört, ist der Einfluss der Gemeinde auf die Gestaltung so gross wie sonst nie. Man könnte zum Beispiel sogar einen Kindergarten oder ähnliches im Programm aufnehmen. Das Projekt und der Verkaufspreis stimmen überein, also der Investor offeriert nicht einen Preis und hat kein Projekt, er weiss, was er realisieren kann, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Sicherstellung des Realisierungszeitpunktes ist sicher etwas einfacher, aber auch hier keine Garantie, er kann Konkurs machen, aber es ist immerhin ein fertiges Projekt, ein Projektentwurf vorhanden, den man nachher für den Gestaltungsplan nutzen kann, man muss kein zusätzliches Verfahren durchführen. Die Gemeinde übernimmt die Verantwortung für die Gestaltung des Zentrums bestmöglich und es ist ein gemeinsames Vorgehen. Vorher habe ich erwähnt, es ist eine Konstellation wie immer: Vorher habe ich gesagt es ist ein Investor und wir als öffentliche Hand auf der anderen Seite, die öffentliche Interessen wahrnehmen müssen. Und hier ist es ein gemeinsames Vorgehen mit dem Wettbewerb, es ist von Anfang an partnerschaftlicher, man macht ein Verfahren, man macht einen Wettbewerb und bekommt dafür einen Preis. Die Bevölkerung kennt bei der Abstimmung über den Verkaufspreis das Projekt. Aber klar, die Verfahrenskosten sind deutlich höher als bei der anderen Variante. Ich halte noch einmal fest, dass es verschiedene Möglichkeiten für die Realisierung gibt. Der Gemeinderat schlägt euch diese Möglichkeit vor, die sich bei seiner intensiven Diskussion als optimalste für Buchs gezeigt hat.

Frau Christine Knüsel-Bachofer: Ich habe in der FGPK dem Antrag auf Direktverkauf des Baufeldes Dorfmetzg zugestimmt, weil ich der Überzeugung bin, dass man mit dem Pflichtgestaltungsplan und den vorliegenden, von renommierten Unternehmen ausgearbeiteten, Analysen und Studien, die auch schon Fr. 50'000.-- gekostet haben, die wesentlichen Grundlagen für einen Direktverkauf haben. Sie ermöglichen uns, die Grundstücke selber mittels Ausschreibung an einen Investor zu verkaufen. Wir haben es bereits erfahren, die ganze Abwicklung des Verkaufes ginge auch schneller als mit der Durchführung eines Wettbewerbs. So könnte man dann einen möglichen Buchgewinn zügig der Erfolgsrechnung zuführen. Die Argumentation des Gemeinderates, dass man mit einem Investorenwettbewerb gleichzeitig detailliert Einfluss auf die Gestaltung nehmen könne und dazu noch einen möglichst hohen Verkaufswert erzielen würde, ist widersprüchlich. Die Erfahrung in der Praxis zeigen, dass die Investoren einen tieferen Preis offerieren, wenn ihnen sehr viele Rahmenbedingungen gesetzt und Auflagen gemacht werden. Die grossen Bedenken des Gemeinderates, dass im Falle eines Direktverkaufes an einen Investor keine Gewähr auf eine Realisierung eines Projektes in absehbarer Zeit bestünde und die Gefahr bestehe, dass das Areal jahrelang brachliegen könnte oder ungenützt bleibe, wir haben es vorher gerade auch wieder gehört, sehe ich nicht. Wie Urs Affolter an der Sitzung der FGPK betonte und vorher auch wieder, könnte man diese Bedingungen bei einem Direktverkauf auch aushandeln und vertraglich regeln. Somit hat der Gemeinderat also bei einem Direktverkauf ebenfalls die Möglichkeiten von einer zusätzlichen Mitbestimmung resp. direkter Einflussnahme in den Verkaufsverhandlungen, zum Beispiel mit einer Vereinbarung einer Konventionalstrafe für den Fall, dass der Investor die Bedingungen nicht einhält. Meine Bedenken sind eher, dass das Buchser Stimmvolk im Fall eines Verkaufes des Areals nach dem durchgeführten Investorenwettbewerb den Verkauf an der Urne versenken könnte. Ist das Projekt, das die Jury als Siegerprojekt auswählen würde, auch das Projekt mit dem bestmöglichen Verkaufspreis? Es geht hier doch um eine Interessensabwägung zwischen dem attraktivsten Projekt und dem bestmöglichen Verkaufserlös. Und ich gehe davon aus, dass nach dem Resultat der Jahresrechnung 2023 in den Augen der Stimmbürger der bestmögliche Verkaufserlös höchste Priorität haben wird. Und somit wäre dann eine halbe Million Franken in den Sand gesteckt, die wir anderswo bitter nötig brauchen könnten in unserer misslichen finanziellen Schieflage. Darum haben die Argumente der FGPK-Minderheit auch die Mehrheit der Fraktion Mitte überzeugt, weshalb wir auch mehrheitlich dem Minderheitsantrag zustimmen resp. dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen.

Herr Andreas Dober: Ich möchte mich dem Votum von Christine und dem Minderheitsantrag der FGPK gerne anschliessen. Ich vertraue hier auch ein Stück weit auf den Kapitalismus, teile zwar gewisse Be-

denken des Gemeinderates, aber es ist letzten Endes blauäugig, wenn man das Gefühl hat, dass im offenen Verkauf ein professioneller Investor daher kommt oder ein institutioneller oder ein professioneller Immobilienentwickler aus dem Blauen eine Summe bietet, ohne dass er ein ausgearbeitetes Projekt in der Hinterhand hätte. Und ich bin der Meinung, dass der jetzige Zustand bereits einer Brache ähnelt. Die S-Kurve, die als charakteristisch für unser Dorf beschrieben wurde, empfinde ich beim Durchfahren eher als ein Ärgernis unseres Dorfes, ich hoffe, dass hier schnell Bewegung reinkommt. Ich glaube, es liegt auf der Hand, dass ein Investor, der eine entsprechende Summe investiert, daran interessiert ist, dass sein Bau möglichst schnell realisiert wird. Zudem teile ich auch die Bedenken, dass das Risiko, an der Urne zu scheitern tatsächlich besteht, er kommt ja in jedem Fall vors Volk. Wir haben bereits einige Volksabstimmungen bzw. Geschäfte vor dem Volk letztendlich verloren. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Risiko effektiv besteht. Wenn wir in den freien Verkauf gehen, ist das ein relativ kosteneffizienter Prozess, was wir nicht aussen vor lassen dürfen. Sollten wir in diesem Prozess nicht den gewünschten Käufer mit einem attraktiven Projekt oder einem attraktiven Kaufpreis finden, ist es der Gemeinde ja jederzeit überlassen, vom Kauf zurückzutreten und einen Plan B auszuarbeiten. Ich bin darum überzeugt, dass der Prozess schneller und kosteneffizienter ist und auch zu einem effizienten und höheren Verkaufspreis führen wird. Wie gesagt, spielt da ja der Kapitalismus und wenn man dem Prozess die benötigte Zeit lässt im Rahmen eines Bieterverfahrens, bin ich überzeugt, dass wir damit ein für die Gemeinde optimale Lösung erzielen können.

Herr Andreas Burgherr: Wir haben schon viel zu diesem Projekt gesagt, möchte einfach noch eins anfügen, was man unbedingt auch noch berücksichtigen muss, wenn man es direkt verkauft. Samuel hat das relativ schön aufgeführt: Es gelten in einer Zentrumszone schon relativ viele Rahmenbedingungen, um auf die maximale Dichte kommen zu können. Auch wenn ich das kaufe und kein Projekt mit einem gewissen Prozess hinter sich, habe ich keine Ahnung, ob mir die Gemeinde später die hohe Ausnützung von 6.40 Meter Höhe genehmigen wird. Das heisst, dass ich entsprechend bei meinem Angebot davon ausgehen muss, dass ich lediglich in der Regelbauweise bauen kann. Denn das muss mir sicher zugestanden werden. Alles andere ist ein Kann-Artikel. Dann gibt es noch die zweite Möglichkeit, indem ich sage, ich kaufe es mit einem Vorvertrag und lasse zuerst den Gestaltungsplan erstellen. Das wäre die Alternative als Investor, um zu prüfen, ob ich später alles realisieren kann. Komme ich überhaupt auf die hohe Ausnützung? So geht auch ein Jahr oder eineinhalb Jahre dahin, solange haben wir dann das Geld auch noch nicht in der Kasse, haben es zwar im Vorvertrag, aber noch nicht in der Kasse und wissen dann auch noch nicht, was gebaut werden soll. Und darum finde ich es nach wie vor die beste Lösung, wenn wir das Areal mit einem Investorenwettbewerb verkaufen würden.

Herr Bernhard von der Crone: Ich habe das Gefühl, dass wir jetzt endlich einmal entscheiden können, was gebaut wird und welche Leute allenfalls dort einziehen werden. Und es ist wieder so kurzfristig gedacht, wenn wir möglichst schnell verkaufen, jetzt, wo wir einmal Einfluss hätten, dass nicht nur ein Mehrfamilienhaus dort hingestellt wird, in das Leute ziehen, die kein Interesse haben und auch nicht wirklich Steuern zahlen. Ich finde das ein wirklich gutes Argument, dass wir hier wirklich etwas bewegen können und dass etwas Interessantes dabei entsteht.

Herr Andreas Dober: Zum Votum von Andreas Burgherr, ich gebe dir zu 100 Prozent recht, aber auch wenn du einen super Wettbewerb durchführst und super attraktive Projekte eingehen, entscheidet letzten Endes doch das Volk über den Verkauf. Und wenn das Projekt dann in die Realisierung kommt, braucht es trotzdem auch Baugesuche, braucht es Bewilligungsverfahren etc. Was dort dann schlussendlich entschieden wird, ist eine ganz andere Diskussion. Was aber Fakt ist: Die Fr. 500'000.-- sind dann ausgegeben, das Geld ist weg und die Brache ist noch da. Das ist für mich der grosse Unterschied, darum bin ich klar für den Freiverkauf.

Gegenüberstellung des Antrags der FGPK gegenüber dem Antrag der Minderheit der FGPK

Antrag der FGPK:

Für die Durchführung eines Investoren-Wettbewerbs Baufeld "Dorfmetzg" sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 470'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand Juni 2023, Kostengenauigkeit \pm 15 %) zu Lasten Konto 10800.01 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Antrag der Minderheit der FGPK:

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Baufeld Dorfmetzg ohne weiteres Verfahren direkt zu verkaufen.

Der Antrag der FGPK obsiegt mit 20 : 17 Stimmen (bei 1 Enthaltung)

Antrag

Für die Durchführung eines Investoren-Wettbewerbs Baufeld "Dorfmetzg" sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 470'000.-- inkl. MwSt. (Kostenstand Juni 2023, Kostengenauigkeit \pm 15 %) zu Lasten Konto 10800.01 zu bewilligen.

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 22 : 16 Stimmen zugestimmt.

Ersatz von Buswartehallen, Belagsersatz in der Bühlstrasse, Anpassungen an der öffentlichen Strassenbeleuchtung und Ersatz einer Wasserleitung in der Tramstrasse. Kreditbegehren (in Koordination mit dem kantonalen Strassenbauprojekt "IO; K 242/K 210 Buchser-/Suhrer-/Tramstrasse")

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. Februar 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Zur Ausgangslage: Im Jahr 2006 war die Umtrassierung der WSB auf das alte SBB-Trasse. Man hat damals die Gegebenheiten, die heute da sind, geschaffen. Im 2010 wurde die WSB dann umtrassiert und fährt nun quer durch unser Buchs. Die Tramstrasse selber ist 40 Jahre alt und mittlerweile in schlechtem Zustand, weshalb sie jetzt saniert wird. Dieser Abschnitt ist 2.3 km lang, also vom Gais-Kreisel bis nach Suhr. Die Bauphase ist in vier Teile unterteilt, der erste ist bereits mehr oder weniger abgeschlossen vom Gais-Kreisel bis fast an die Gemeindegrenze heran. Aktuell sind wir voll in der nächsten Phase mit der Bavaria-Kreuzung, das wissen die meisten Autofahrer. Das dritte Teilprojekt, in das wir nächstens kommen, stelle ich euch jetzt vor: Was können wir von diesem Ausbau erwarten? Es wird bessere Fuss- und Veloverkehrswege geben, auch eine Busspur wird es geben, damit der öffentliche Verkehr aus Suhr und aus dem westlichen Teil von Buchs schneller in der Stadt ist. Ausserdem werden die Standorte der Buswartehallen optimiert in diesem Teilbereich. Wie bereits erwähnt, ist Buchs in den zweiten und dritten Teilbereich involviert. Das heisst, wir werden den Dekretsanteil von 35 Prozent an die Strassensanierung bezahlen, ob wir wollen oder nicht. Es sind immerhin 34 Millionen Franken, was für uns 4.57 Millionen Franken ausmacht. Folgende Punkte aus dem heutigen Kreditbegehren sind nicht in den 4.57 Millionen Franken Beitrag enthalten, sondern müssen zusätzlich von der Gemeinde getragen werden. Ihr seht hier ganz links das Teilprojekt zwei mit der Bavaria-Kreuzung, das gerade läuft, der gelbe Bereich auf der Karte müssen wir heute zusammen anschauen. Rot markiert sind die drei Bushaltestellen, in Blau seht ihr die Wasserleitungen. Rot eingefärbt ist ausserdem die Bühlstrasse, die Abzweigung kennt ihr, die habt ihr heute im Antrittsvideo von Marc gesehen, die er mit dem Velo abgefahren ist. Im ersten Teil handelt es sich um den Ersatz der drei Bushaltestellen Waldhofweg, Bühlstrasse und Brummelstrasse stadteinwärts, alle drei auf Buchser Boden, weshalb wir auch dafür aufkommen müssen. Die andere Seite der Strasse befindet sich auf Suhrer Boden, dementsprechend muss Suhr die Kosten dafür übernehmen. Die Buchser Buswartehäuschen sind 40 Jahre alt und entsprechen heute nicht mehr den gängigen Buswartehäuschen, ihr seht es in der Präsentation auf dem oberen Bild. Wenn man könnte, würde man es natürlich stehen lassen, aber umplatzieren geht leider nicht mehr. Mit der Anpassung an das Behindertengleichstellungsgesetz BehiG müssen wir gewisse Buswartehäuschen auch neu positionieren, sie müssten also sowieso verschoben werden. Dann orientiert man sich am einheitlichen Ortsbild, ihr seht im Wynenfeld eine ähnliche Buswartehalle, so sind die drei Neuen einheitlich angedacht. Die neuen Buswartehäuschen sind grösser als die alten und weisen eine LED-Beleuchtung auf. Ihr seht im Bild auf der Präsentation ein rotes Buswartehäuschen vom Kantonsspital in Aarau mit der gleichen Gestaltung. Die rote Gestaltung wird einem schönen Buchser Grün weichen. Dieses Teilprojekt kostet uns Fr. 203'000.--. In einem kurzen Abschnitt der Bühlstrasse auf Buchser Boden von ca. 70 Metern muss noch der Belag ersetzt werden. Diejenigen, die die Strasse kennen, werden bemerkt haben, dass sie viele Risse im Belag aufweist. Diese Risse können zu Frostschäden führen. Eine andere Geschichte ist der hohe PAK-Gehalt in der Tragschicht. PAK ist krebserregend, wenn es in die Umwelt gerät. Bis 2027 kann man es in Deponien lagern, ab 2028 muss man es thermisch verwerten, was zu einem höheren Preis für den Abbau führen würde. Man geht davon aus,

dass der Untergrund die Anforderungen noch erfüllt, darum muss man nur den Deckbelag ersetzen. In diesem Zusammenhang würde man gleich noch Synergien nutzen, wenn die Baumaschinen sowieso schon gleich vor Ort sind. Für dieses Teilprojekt sind Fr. 171'000.-- vorgesehen. Die Anpassungen an der öffentlichen Strassenbeleuchtung liegen hauptsächlich in der Zuständigkeit von Suhr, deren Kredit bereits bewilligt worden ist. Einige Beleuchtungskörper liegen an den Einmündungen in die Tramstrasse und bei den Buswartehäuschen auf Buchser Gemeindestrassen, die müssen wir noch ergänzen, es sind auch LED-Leuchten geplant. Für dieses Teilprojekt sind Fr. 88'000.-- vorgesehen. Zum Ersatz der Wasserleitungen: Beginnend ab der Oberen Torfeldstrasse bis zum Belchenweg, auswärts Richtung Suhr, befinden sich Buchser Wasserleitungen aus den Jahren 1931, 1949 und 1964, also relativ alte Leitungen, Graugussleitungen, die bereits den Zenit erreicht haben oder drohen, kaputt zu gehen. Neu werden da PE-Rohre eingesetzt, der Abschnitt ist 380 Meter lang. Die Rohre werden neu auch unterhalb der Geh- und Radwege installiert. Die Finanzierung ist über den Eigenwirtschaftsbetrieb sichergestellt und die Kosten betragen Fr. 253'000.--. Der Gemeinderat hat uns auch aufgezeigt, welche Folgen die Abweisung dieses Verpflichtungskredites hätte. Einerseits wäre der Ersatz der Buswartehallen sowieso zu machen und es gäbe dann keine Synergien mehr. Wenn wir das nicht jetzt machen, müssten wir es später machen und es gäbe Mehrkosten. Auch für die Belagssanierungen gäbe es keine Synergien mehr, Maschinen, die sowieso schon dort stehen, könnten nicht genutzt werden. Dazu müssen wir auch mit höheren Entsorgungsgebühren rechnen, also auch da Mehrkosten. Über die öffentliche Beleuchtung müssen wir nicht gross diskutieren, diese ist sicherheitsrelevant. Und wenn wir den Ersatz der Wasserleitungen nicht machen, müssten wir später die Strasse erneut öffnen: Im Moment könnten wir da auch noch Synergien nutzen, also müsste man auch dort von Mehrkosten ausgehen. Ich habe alle Kosten zusammengezogen inkl. MwSt von 8.1%, was Fr. 715'000.-- ergibt. In diesen Fr. 715'000.-- sind Mehr- oder Minderkosten von 10 % eingerechnet. In der FGPK stand dieses Geschäft grundsätzlich nicht zur Diskussion. Wir haben aber über den Preis der Buswartehallen diskutiert und ob dieser nicht etwas erhöht sei. Darum ist auch das Resultat so zu verstehen, dass es mehrheitlich um den Preis der Bushäuschen ging. Es fiel mit 7 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen aus.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 2 Stimmen, für die kommunalen Teilprojekte im Zusammenhang mit der Erneuerung der Tramstrasse K242 (Buswartehallen, Belagssanierung Bühlstrasse, öffentliche Beleuchtung und Erneuerung Wasserleitung Tramstrasse) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 715'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Februar 2024), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die entsprechenden Konten zu bewilligen:

6150.5010.31	Strasse	Fr. 259'000.--	(Strasse)
6220.5010.31	Regionalverkehr	Fr. 203'000.--	(Regionalverkehr, Buswartehallen)
7101.5030.31	Wasserversorgung	<u>Fr. 253'000.--</u>	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
TOTAL	inkl. 8.1 % MwSt.	Fr. 715'000.--	VERPFLICHTUNGSKREDIT

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Samuel Hasler: Ich glaube, dass jeder von uns weiss, wie es um die Finanzen unserer Gemeinde steht. Wir haben alle das Budget 2024 gesehen, wir haben alle die Jahresrechnung 2023 gesehen und wir haben alle das Ergebnis der Budgetabstimmung gesehen. Wenn eine Gemeinde oder auch ein Privater kein Geld besitzt, aber eine Ausgabe tätigen möchte, gibt es zwei Möglichkeiten: Man schaut, wie man zu

mehr Geld kommt oder man spart und gibt weniger aus. In der Gemeinde läuft das genau gleich, entweder man schaut, wie man zu mehr Geld kommt, rauf mit den Steuern, oder man gibt weniger aus, weniger Investitionen, günstigere Ausgaben. Dass die Buchser Bevölkerung nicht mehr Steuern bezahlen will und nicht mehr Einnahmen in der Gemeinde will, haben wir am 3. März mehr als deutlich gesehen. Dementsprechend liegt es doch an uns, dafür zu sorgen, dass wir mit dem, was wir haben, sorgsam und haushälterisch umgehen. Und in diesem Projekt haben wir uns wieder die Frage gestellt, ob es diese Ausgaben braucht, sind die alle notwendig in dieser Höhe, braucht es sie wirklich? Und wir kamen zum Ergebnis, dass man sparen kann, und zwar an den Bushäuschen, wie wir vorher von der FGPK gehört haben. Natürlich hätte ich auch solch wunderschöne Buswartehallen mit Technik, mit Glasscheiben, mit bunten Farben, mit all dem Luxus, den man sich wünschen möchte. Aber ich habe das Geld nicht – und so geht es unserer Gemeinde auch. Und dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir hier wirklich einmal den Rotstift ansetzen müssen. Ich stelle den **Antrag**: Der Verpflichtungskredit "Ersatz von Buswartehallen, Belagsersatz in der Bühlstrosse, Anpassungen an der öffentlichen Strassenbeleuchtung und Ersatz einer Wasserleitung in der Tramstrasse. Kreditbegehren (in Koordination mit dem kantonalen Strassenbauprojekt "IO; K 242/K 210 Buchser-/Suhrer-/Tramstrasse)" soll im Konto 6220.5010.31 Strasse um Fr. 66'000.-- gekürzt werden. Das heisst, pro Bushäuschen würden wir nur Fr. 10'000.-- ausgeben.

Herr Elias Fricker: Ich habe nur schnell eine Frage, es geht ja darum, dass wir den Kredit auf Fr. 30'000.-- kürzen würden, also Fr. 10'000.-- pro Bushäuschen. Ich kenne mich nicht aus mit Bushäuschen, gibt es für Fr. 10'000.-- ein gutes Bushäuschen?

Herr Samuel Hasler: Was "gut" ist, ist relativ, da werden wir uns nicht einigen können, glaube ich. Aber man findet für weniger als Fr. 10'000.-- sogar Bushäuschen, die einen gewissen Schutz bieten. Aber klar, es ist eine günstige Lösung, aber sie würde dem Zweck dienen.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Selbstverständlich gibt es günstigere Buswartehallen als die für Fr. 10'000.--, ich habe es Samuel Hasler auch bereits in der FGPK gesagt, man kann selbstverständlich bei Temu in China eins bestellen, das kostet keine Fr. 600.--. Die Frage ist einfach, ob wir etwas längerfristiger denken möchten, wollen wir nachhaltig denken? Wollen wir uns einer Bestellung anschliessen, die bereits besteht und wir davon profitieren könnten? Oder wollen wir einen Einzelkurs fahren mit Buswartehäuschen, die vielleicht etwas schief in der Gegend stehen werden? Wir vom Gemeinderat sind der Meinung, dass wir diese Chance, die wir haben, uns dem Kanton mit der Kantonsstrassensanierung anzuschliessen und damit entsprechend Geld zu sparen nutzen sollten. Wenn die Projekte später umgesetzt werden, wenn wir die Strassen später wieder aufreissen müssen wegen einer Wasserleitung, kommt uns das später wesentlich teurer zu stehen. Wenn wir jetzt Bushäuschen bestellen für Fr. 3'000.-- bis Fr. 4'000.--, die aussehen wie Hühnerhäuschen, ist das sicher eine Lösung, klar, aber wir möchten doch etwas längerfristig denken. Die letzten haben über 40 Jahre gehalten und es wäre schön, wenn vielleicht auch die nächsten wieder ungefähr 40 Jahre halten würden. Darum sind wir der Meinung, dass dieser Preis gerechtfertigt ist. Keine Angst, es beinhaltet keine Sitzheizung und keinen Fernseher, es ist im Rahmen, in dem man sagen kann, dass es eine vertretbare Variante ist, keine Luxusvariante. Und die Bemalung in Buchser Farben übrigens kostet nicht zusätzlich, die gibt es dazu, wenn man sie bestellt.

Herr Roman Häusler: Wenn wir davon ausgehen, dass so ein Häuschen 20 Jahre hält, sind wir irgendwo bei Fr. 10.-- pro Tag. Wir in diesem Raum haben vor nicht allzu langer Zeit den Autofahrern in Buchs Parkgebühren geschenkt zwischen 18.00 Uhr und 24.00 Uhr und das summiert sich viel mehr. Wenn man die Stunde, in der wir schon hier sind, mal 10 rechnet, hätte man den ersten Tag schon drin. Darum verstehe ich hier nicht, was wir einsparen sollen.

Abstimmung über Antrag von Samuel Hasler

Der Verpflichtungskredit "Ersatz von Buswartehallen, Belagsersatz in der Bühlstrasse, Anpassungen an der öffentlichen Strassenbeleuchtung und Ersatz einer Wasserleitung in der Tramstrasse. Kreditbegehren (in Koordination mit dem kantonalen Strassenbauprojekt "IO; K 242/K 210 Buchser-/Suhrer-/Tramstrasse") soll im Konto 6220.5010.31 Strasse um Fr. 66'000.-- gekürzt werden.

Der Antrag wird mit 30 : 8 Stimmen abgelehnt.

Herr Dieter Stüssi: Es ist mein Unmut, dass wir in Buchs eine Lösung haben, die ich mit zahle, bei der ich die Schneeräumung zahle, bei der ich die Belagsarbeiten bezahle, aber ich darf nicht durchfahren. Das finde ich einfach daneben und ich werde vielleicht einmal mit einem Vorstoss kommen, dass man endlich einmal die Sache aufhebt. Nicht einmal Fahrschulen dürfen da durch, dabei ist das das Sicherste, das wir haben, da passt immer einer auf.

Antrag

Für die kommunalen Teilprojekte im Zusammenhang mit der Erneuerung der Tramstrasse K242 (Buswartehallen, Belagssanierung Bühlstrasse, öffentliche Beleuchtung und Erneuerung Wasserleitung Tramstrasse) sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 715'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Februar 2024), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die entsprechenden Konten zu bewilligen:

6150.5010.31	Strasse	Fr. 259'000.--	(Strasse)
6220.5010.31	Regionalverkehr	Fr. 203'000.--	(Regionalverkehr, Buswartehallen)
7101.5030.31	Wasserversorgung	<u>Fr. 253'000.--</u>	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
TOTAL	inkl. 8.1 % MwSt.	Fr. 715'000.--	VERPFLICHTUNGSKREDIT

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 30 : 8 Stimmen zugestimmt.

Soziale Dienste: Erhöhung der Stellenprozente von 700 % auf 860 % ab 1. Juli 2024

(Botschaft des Gemeinderats vom 5. März 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Sandra Meier-Jaisli, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Wir haben folgende Ausgangslage: Per 31.12.2023 hat der Gemeinderat den Leistungsvertrag mit der Caritas gekündigt. Die Sozialen Dienste haben daraufhin zwei neue Fachgebiete übernommen, die Flüchtlingsberatung und den Bereich Asyl mit Status S. Ab 01.09.2023 hat der Gemeinderat befristet eine 100 % Stelle bewilligt für den Mehraufwand im Bereich Asyl. Für Personen mit Asylstatus S ist die Gemeinde zuständig, aktuell sind es 14 Personen mit materieller Hilfe und 6 Personen mit persönlicher Beratung. Ab dem 01.01.2023 hat der Gemeinderat eine befristete Stelle von 40 % bewilligt aufgrund des neu entstandenen Betreuungsaufwandes. Fakten und Zahlen: Für die anspruchsvollen Dienstleistungen zugunsten Schutzbedürftiger brauchen die Sozialen Dienste die notwendigen Ressourcen, damit sie zielführend und kostenbewusst arbeiten können. Für die Erhöhung der Stellenprozente ist mit Fallzahlen aus dem Jahr 2023 gerechnet worden und die mittelfristige Entwicklung wurde berücksichtigt. Für die Berechnung des Stellenschlüssels werden Empfehlungen der VAGS und KOKES verwendet. Das Berechnungsmodell könnt ihr in der Botschaft sehen auf Seite 3. Was ist aktuell und was ist notwendig? Ihr seht es, im Moment ist für die Führung und Vernetzung im aktuellen Stellenplan 80 % bewilligt, zukünftig braucht man dort 100 %. Für Sozialberatung und Berufsbeistandschaft sind 310 % im aktuellen Stellenplan und zukünftig braucht man dort 420 Stellenprozente. In der Administration sind es 310 % jetzt, zukünftig braucht man dort 340 %. Das ergibt die Zunahme von 160 Stellenprozente, die benötigt werden. Die finanziellen Auswirkungen, jährliche Mehrkosten von Fr. 165'000.--, einmalige Kosten von Fr. 23'000.--, ergibt totale Kosten von Fr. 188'000.--. Als Folge der Kündigung des Caritas-Vertrages wird die Rechnung der Gemeinde Buchs jährlich um Fr. 270'000.-- entlastet. Somit erfolgt die Stellenplanerhöhung kostenneutral. Optimaler Raumbedarf für die Sozialen Dienste ist eruiert worden, Konkretisierungen sind Teil eines separaten, laufenden Projekts, das der Gemeinderat gerade ausarbeitet. Die Meinung in der FGPK: Wir haben der Erhöhung des Stellenplans von 700 auf 860 Stellenprozente mit 9 : 0 gutgeheissen und den zweiten Antrag haben wir auch mit 9 : 0 gutgeheissen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat je einstimmig (bei 9 Anwesenden),

1. Der Stellenplan der Sozialen Dienste sei ab 1. Juli 2024 von 700 % um 160 % auf 860 % zu erhöhen.
2. Die jährlichen Mehrkosten (Lohn, wiederkehrende Kosten für Lizenzen und Fachtagungen, Übersetzungen) anteilmässig ab dem 01.07.2024 in der Höhe von Fr. 82'500.-- sowie die einmaligen Kosten in der Höhe von Fr. 23'000.-- seien zusätzlich zu den bereits im Budget 2024 eingestellten Mehrkosten zu Lasten der Erfolgsrechnung zu bewilligen.

Diskussion

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag

1. Der Stellenplan der Sozialen Dienste sei ab 1. Juli 2024 von 700 % um 160 % auf 860 % zu erhöhen.
2. Die jährlichen Mehrkosten (Lohn, wiederkehrende Kosten für Lizenzen und Fachtagungen, Übersetzungen) anteilmässig ab dem 01.07.2024 in der Höhe von Fr. 82'500.-- sowie die einmaligen Kosten in der Höhe von Fr. 23'000.-- seien zusätzlich zu den bereits im Budget 2024 eingestellten Mehrkosten zu Lasten der Erfolgsrechnung zu bewilligen.

Abstimmung

Den beiden Anträgen wird einstimmig mit je 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Bericht zum Postulat von Urs Truttmann betreffend kombiniertes Betriebskonzept für den Gemeindesaal mit neu gestaltetem Bärenareal

(Botschaft des Gemeinderats vom 23. Januar 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Samuel Hasler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Zur Ausgangslage: An der Einwohnerratssitzung vom 4. April 2023 hat Urs Truttmann von der FDP das Postulat eingegeben mit dem Inhalt: Der Gemeinderat wird gebeten, ein Betriebskonzept für den Gemeindesaal inklusive dem umgestalteten Bärenareal zu erarbeiten. Was ist damit passiert? Wir haben im Einwohnerrat das Geschäft vom Bärenplatz behandelt, es wurde im Einwohnerrat 27 : 10 mit 2 Enthaltungen angenommen. Aufgrund dieses Resultates wurde das Referendum ergriffen, in dessen Folge es am 22. Oktober 2023 eine Volksabstimmung gab. An dieser lehnte das Volk die Umgestaltung des Bärenplatzes mit 63.57 % ab. Auf der anderen Seite geht es auch um den Gemeindesaal. Es ist schon länger bekannt, dass der Gemeindesaal ein verbessertes Konzept zur Auslastung und Nutzung erhalten soll. Dazu gab es als Basis eine Bachelor-Arbeit von Studierenden der FHNW mit dem Thema der Neupositionierung und Vermarktungsmöglichkeiten des Gemeindesaals Buchs. Diese Basis wird zur Erarbeitung des Betriebskonzeptes und des Benützungsreglementes genutzt. Der Inhalt des Postulates besagte, dass das Betriebskonzept abgestimmt werden soll mit der Umgestaltung des Bärenareals, sprich: eine gesamtheitliche Nutzung beider Gebäude, Saal und Platz. Da die Umgestaltung des Bärenareals vom Volk abgelehnt worden ist, also nicht umgestaltet werden kann, kann dem Postulat von Urs Truttmann nicht mehr nachgekommen werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion

Herr Urs Truttmann: Es macht natürlich absolut Sinn, dass es so beantwortet wird. Ich bin gespannt auf das Reglement für den Gemeindesaal.

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Bericht zum Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Masterplan bezüglich energetischer Massnahmen bei Gemeindelienschaften

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. Februar 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Christine Knüsel-Bachofer, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Ich komme zu den Berichten zum Postulat von Marius Fedeli und zum Postulat von Samuel Hasler. Das Postulat von Marius lautet wie folgt: Der Gemeinderat wird gebeten, einen Masterplan für die energetische Sanierung und Aufwertung der Gemeindelienschaften auszuarbeiten und die Erkenntnisse - sofern wirtschaftlich tragbar - umzusetzen. Der Wortlaut des Postulates von Samuel lautet: Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, Solaranlagen auch in Gemeindelienschaften zu installieren - sofern diese wirtschaftlich sinnvoll sind. Die Stellungnahmen resp. die Berichte dazu stelle ich euch der Einfachheit halber als Gesamtpaket vor. Für die Beantwortung der Postulate werden im Sinne einer langfristigen Ausrichtung nur die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen in Betracht gezogen. Dazu gehören zu einem wesentlichen Teil die Schulgebäude, die seit 2018 wieder im Eigentum der Einwohnergemeinde sind. Die Liegenschaften sind, wir alle wissen das, schon seit längerer Zeit in einem eher schlechten Zustand. Darum hat die Abteilung Bau, Planung, Umwelt unter anderem die Energieberatung Aargau in Anspruch genommen und hat dazu Angaben zu Sanierungsmöglichkeiten, zu erneuerbaren Heizungen und zur Nutzung der Dächer zur Erzeugung von Solarstrom erhalten. Es sind auch für fast alle gemeindeeigenen Liegenschaften Energieanalysen und sogenannte GEAK's (Gebäudeenergieausweis der Kantone) erstellt worden. Dann sind wir auch bereit seit September 2020 Energiestadt und können auch von dieser Seite her jährlich Energie- und Gemeindeberatungen in Anspruch nehmen, wo die geplanten und bereits umgesetzten Massnahmen noch einmal überprüft, angepasst und ergänzt werden. Diverse Massnahmen sind seither auch bereits umgesetzt worden, andere sind in der Planung, so wie man es im Bericht auf den Seiten 4 und 5 der Tabelle entnehmen kann. Weiter hat sich der Gemeinderat in seinen aktuellen Legislaturzielen unter der Leitlinie "Nachhaltige Entwicklung" verpflichtet, die Massnahmen und Ziele des Labels Energiestadt weiter zu verfolgen. In der Zwischenzeit ist auch die Schulraumplanung der Kreisschulen Aarau - Buchs soweit abgeschlossen. Mit dem aufgezeigten Raumbedarf kann Aufschluss gewonnen werden über den effektiven Umsetzungsbedarf an Schulraumsanierungen und -erweiterungen. Projekte dazu müssen noch erarbeitet werden. Die geplanten Massnahmen für 2024 sind ebenfalls in den Berichten ersichtlich. Energetische Sanierungen von bestehenden Schulbauten müssen sinnvollerweise auf die jeweiligen räumlichen Erweiterungsbauten abgestimmt werden. So sind nachhaltige und umfassende Gesamtlösungen möglich, die auch wirtschaftlich sind, so wie zum Beispiel aktuell der Erweiterungsbau des Triesch-Kindergartens. Im Vordergrund steht bezüglich Solaranlagen die optimale Eigenstromnutzung. Bei Neubauten mit mehr als 300 m² Nutzfläche besteht seit letztem Jahr auch gemäss Bundesgesetz die Pflicht einer Installation von Solaranlagen. Wir kommen zum Fazit: Es liegen schon genügend erarbeitete Grundlagen vor, um im Rahmen der anstehenden Projekte sämtliche Aspekte zur Umsetzung nachhaltiger Sanierungsmassnahmen und nachhaltiger Energieversorgung zu planen und umzusetzen. Das grösste Potential ist beim Projekt Schuraumerweiterung und -erneuerung. Die Umsetzung erfolgt massvoll im Rahmen der vorhandenen Ressourcen. Das Postulat von Marius Fedeli: Ein Masterplan müsste durch ein Fachplanungsbüro erstellt werden, die Kosten für die Mandatierung müssten ins Budget 2025 aufgenommen oder ein Verpflichtungskredit im Einwohnerrat beantragt werden. Es würde lediglich ein Instrument oder ein weiteres Strategiepapier geschaffen, in welchem die bereits gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst sind. Es gäbe keine neuen Erkenntnisse. Die Umsetzung der energetischen Sanierung und Aufwertung von Gebäuden der Einwohnergemeinde erfolgt, wie bereits erwähnt, massvoll im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und ist bereits in Planung. Das Postulat von Samuel Hasler: Die Installation von Solaranlagen auf

den Gebäuden der Einwohnergemeinde Buchs ist bereits in Planung und wird umfassend, wie gesetzlich grösstenteils sogar vorgeschrieben, im Rahmen der Schulraumerweiterung und -erneuerung umgesetzt werden.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat der SP betreffend "Masterplan bezüglich energetischer Massnahmen bei Gemeindeligenschaften" wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion (für Traktandum 7 und 8)

Herr Marius Fedeli: Ich glaube, der Masterplan im Sinne, wie es die Postulanten und Postulantinnen gemeint haben, ist erfüllt und es braucht für uns kein weiteres Strategiepapier. Unter den aktuellen Schulraumbauten ist das, was wir wollten, gut umgesetzt worden, wir hoffen, es bleibt auch weiterhin so, vielen Dank.

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderates sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat der SP betreffend "Masterplan bezüglich energetischer Massnahmen bei Gemeindeligenschaften" wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Bericht zum Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Prüfung von Solaranlagen auf Gemeindeligenschaften

(Botschaft des Gemeinderats vom 27. Februar 2024)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Frau Christine Knüsel-Bachofer, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Siehe Erläuterungen zu beiden Traktanden unter Traktandum 7.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat von Samuel Hasler betreffend "Prüfung von Solaranlagen auf Gemeindeligenschaften" wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion

Siehe Traktandum 7

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat von Samuel Hasler betreffend "Prüfung von Solaranlagen auf Gemeindeligenschaften" wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Bevölkerungsumfrage weiteres Vorgehen Verschuldung Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Marius Fedeli reichte am 5. Dezember folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat soll eine Umfrage bei allen Stimmberechtigten durchführen, welche die Möglichkeiten mit dem aktuellen Finanzhaushalt sowie der hohen Verschuldung aufzeigt. Die Umfrage sollte folgende Punkte beinhalten. Sofern es aus Sicht des Gemeinderats weitere Möglichkeiten gibt, sind diese zu ergänzen:

- Hoher Steuerfuss (118 % oder höher) bis 2031 (gemäss Aufgaben- und Finanzplan)
- Vertiefte Regionale Zusammenarbeit, beispielsweise die Zusammenlegung von gewissen Abteilungen mit anderen Gemeinden/Gemeindeverbänden (Bau und Planung, Soziale Dienste, Kultur, Bauamt, ...)
- Auslagerung von Leistungen an externe Firmen
- Fusionsabklärungen mit der Stadt Aarau
- Fusionsabklärungen mit der Gemeinde Suhr
- Fusionsabklärungen mit anderen umliegenden Gemeinden
- Steuerfuss senken mit dem Risiko der höheren Verschuldung (hier sind seitens Verwaltung/Gemeinderat weitere Konsequenzen aufzuführen)

Zudem soll die Frage gestellt werden, welche der oben aufgeführten Punkte die Stimmberechtigten eher nicht oder gar nicht wollen.

Diskussion

Frau Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki: Eine Bevölkerungsumfrage ist grundsätzlich eine gute Möglichkeit, die aktuelle Meinung bei der Bevölkerung einzuholen. Der Gemeinderat hat vor einigen Jahren dieses Mittel angewandt um die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gemeinde zu ermitteln. Das Ziel dieses Postulats lautet wie folgt: "Mit der Auswertung der Umfrage erwünschen wir uns ein klares Bild, was sich die Stimmberechtigten vom Gemeinde- und Einwohnerrat, betreffend dem weiteren Vorgehen in Sachen Finanzhaushalt wünschen." Die Fragestellungen erachtet der Gemeinderat als sehr umfangreich und heterogen. Die Beantwortung bedingt teilweise Vorkenntnisse, die im Rahmen einer Umfrage kaum zweckmässig vermittelt werden können. Aus der Sicht des Gemeinderates kann das Ziel des Postulates mit der vorgeschlagenen Bevölkerungsumfrage nicht erreicht werden, darum ist das Postulat nicht zielführend. Ausserdem wären die Vorarbeiten für die gewünschte Bevölkerungsumfrage sehr umfangreich und es müssten entsprechend hohe finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Der Gemeinderat beantragt darum nach gemeinsamer Diskussion und Entscheidung, das Postulat abzulehnen.

Herr Simon Schumacher: Wir von der SVP finden es von Vorteil, dass wir die Traktanden geändert haben und wir sollten diese Möglichkeit auch nutzen, dass man zuerst eine Bevölkerungsumfrage macht und dort die Meinungen abholt. Ich erinnere zurück an Februar 2019, als der Zukunftsraum Aarau mit 41 % ja zu 59 % nein abgelehnt wurde. Es ist klar, es ist viel passiert seit damals, aber wir möchten als SVP zuerst die Bevölkerung fragen, bevor wir wieder etwas erarbeiten, von dem wir im Nachhinein wieder eines Besseren belehrt werden, in dem es an der Urne abgelehnt wird.

Frau Evelin Meier: Grundsätzlich ist eine Bevölkerungsumfrage zu begrüßen, es gibt auch einen Sinn dahinter, dass man die Bevölkerung mit einbeziehen kann in einen politischen Prozess, das mag gut sein. Ich bin von verschiedenen Buchserinnen und Buchsern angesprochen darauf, warum mit der Fusion zwischen Aarau und Buchs nichts passiert zum Beispiel, wieso macht ihr nichts? Wir sind das deshalb auch intern in der GLP angegangen. Thema Fusion mit anderen Gemeinden, zum Beispiel mit Suhr, das war nie Thema, dazu bin ich nicht angesprochen worden, das hat gar nie Sinn gemacht. Das kann also kein Anliegen der Leute sein, dass man mit anderen Gemeinden fusioniert. Es ist ein Anliegen der Bevölkerung, habe ich das Gefühl, dass man vorwärtsgeht und dass man vorwärtsschaut, dass man einen Schritt in die eine Richtung macht. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden findet auch schon statt und eine Befragung zu machen, ob man jetzt noch mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten soll, macht irgendwie keinen Sinn, weil man es ja schon tut. Anton Kleiber hat mir einmal gesagt, ich solle doch den Rechenschaftsbericht durchlesen um zu schauen, wo wir überall stehen, wo wir bereits zusammenarbeiten. Eine Umfrage in dieser Grössenordnung braucht sehr viel Ressourcen, das denke ich auch, es braucht Arbeitszeit und Geld und es dauert vielleicht noch ein Jahr oder zwei, bis wir die Umfrageergebnisse vorliegen hätten. Man geht ja aber mit dieser Umfrage ja nicht das Problem an sich an, weder von den Finanzen noch sonst von irgendwas, sondern man macht einmal eine Umfrage. Wir möchten aber mittlerweile lieber vorwärtsgehen, als nur darüber zu reden und darum die Umfrage oder dieses Postulat ablehnen, weil es zur Lösung nicht viel beiträgt.

Herr Marius Fedeli: Ich glaube, die Anliegen der Bevölkerung zu kennen, ist immer schwierig, Evelin. Wir leben in unserer Bubble, ich glaube, die SVP ist dafür, wir sind dafür, obwohl wir wissen, dass die SVP und wir nicht immer die gleichen Interessen haben in der Gemeinde. Aber wir wollen alle wissen, was das Volk möchte, dass wir eben auch wissen, wo wir in der aktuellen, schwierigen finanziellen Lage hinsteuern sollten und wie wir das angehen sollten, das ist dann nachher die Frage. Und wie im Postulat geschrieben, kann man die Umfrage dann auch noch ergänzen, je nachdem macht es vielleicht Sinn, dass man nicht nur fragt, was wir im Postulat vorschlagen, sondern auch noch andere aktuelle Fragen mit reinnimmt, so lohnt sich auch, das Geld dafür auszugeben aus meiner Sicht.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 17 : 19 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat von Evelin Meier, glp, betreffend Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung von Buchs als eigenständige Gemeinde vs. Zusammenschluss mit Aarau (wurde als Motion eingereicht und in ein Postulat umgewandelt - wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Frau Evelin Meier reichte am 5. Dezember 2023 folgende Motion ein, welche sie am 1. März 2024 in ein Postulat umwandelte:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Grundlage für die Entscheidungsfindung in Bezug auf eine mögliche Fusion mit Aarau zu erstellen. Dabei sind folgende Schritte in Betracht zu ziehen:

- 1.) Initialisierung: Bedarfsermittlung und erste Gespräche zwischen den Gemeinden sowie Bildung eines vorläufigen Fusionskomitees.
- 2.) Analyse: Untersuchung finanzieller, rechtlicher und organisatorischer Aspekte beider Gemeinden. Bevölkerungsumfrage, um Anliegen der Bevölkerung in der Vertragsverhandlung mitzubedenken.
- 3.) Planung: Definition der Ziele und Erarbeitung eines Fusionsvertrags und Organisationskonzepts.

Der Fusionsvertrag soll dem Einwohnerrat und der Bevölkerung als Grundlage zur Beurteilung und Abstimmung über eine Gemeindefusion vorgelegt werden. Dabei wird erwartet, dass in den Verhandlungen zum Vertragsentwurf das bestmögliche Ergebnis für die Bewohner von Buchs erzielt wird. Dies könnte beispielsweise die Aufrechterhaltung bestimmter Verwaltungseinheiten auf dem Gebiet der Gemeinde Buchs oder die Schaffung eines Kreisparlaments mit Sitzzuteilung pro Stadtteil beinhalten.

Insbesondere soll der Gemeinderat mit einer 10-jährigen Finanz- und Steuerplanung aufzeigen, welche finanziellen Auswirkungen eine mögliche Gemeindefusion haben könnte, einschliesslich der Entwicklung des Steuerfusses. Durch diese Finanz- und Steuerplanung erhält der Bürger eine klare Vorstellung, wie sich der Preis der Eigenständigkeit der Gemeinde Buchs im Vergleich zur Fusion mit Aarau entwickelt. Ziel ist es, für den Bürger ein klares Bild der finanziellen Zukunft von Buchs zu zeichnen und verschiedene Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Es sei ausdrücklich festgehalten, dass die Annahme dieses Postulats keine unmittelbare Entscheidung über eine Fusion bedeutet, sondern lediglich die Ausarbeitung einer Entscheidungsgrundlage mit einem Fusionsvertrag, welche später beiden Gemeinden zur Beurteilung und Abstimmung vorgelegt wird.

Diskussion

Herr Tobias Studiger: Ich nehme an, dass dieses Postulat überwiesen wird, wenn es keine Diskussion gibt, darum möchte ich eine Diskussion haben. Es ist mir wichtig, dass wir hier schnell den Puls fühlen und abholen, wo wir ungefähr stehen. Die Überweisung dieses Postulats wird recht viel Kosten verursachen, es wird schlussendlich ein Fusionsbericht aufgearbeitet werden müssen als Folge von dieser Anfrage, was nicht einfach eine kleine Arbeit sein wird, sondern da muss man fundierte Grundlagen erarbeiten, was sehr viel Arbeitsaufwand verursachen wird. Der Ausgang einer möglichen Abstimmung ist auch alles andere als klar. Wie vorher schon erwähnt, ist 2019 mit ungefähr 40 % zu 60 % die letzte Abstimmung zum Zukunftsraum abgelehnt worden. Ich mag mich an mindestens eine weitere Abstimmung erinnern in

den letzten paar Jahren. Sie kommt immer mal wieder, diese Frage. Am Schluss ist die Chance, dass dieses Geld eines Tages zu Nutzen führt, sehr gering. Ich bezweifle persönlich, dass die schlechte finanzielle Situation, der hohe Steuerfuss, plötzlich ganz ein anderes Resultat herbeiführen wird in einer Volksabstimmung. Ich glaube auch, dass Aarau vielleicht gar nicht auf uns wartet. Entsprechend werde ich also dieses Postulat ablehnen.

Herr Andrin Battaglia: Ich möchte auf die Aussage eingehen, das koste alles ganz viel Geld, das ist ja nicht ein budgetierter Posten. Mein Verständnis ist, dass es, wenn es dann ganz viel kostet, es aus diesem Postulat heraus wieder eine Abstimmung im Einwohnerrat geben würde. Kann das bestätigt werden?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Nach der Überweisung erstellen wir einen Bericht zu diesem Postulat und werden uns mit der Situation auseinandersetzen und je nachdem, zu welchem Schluss der Gemeinderat kommen wird, wird am Schluss des Berichts ein Kreditantrag sein. Ihr habt es ja geändert, das Postulat war ja zuerst eine Motion. Dann hätten wir es jetzt machen müssen, dann hätten wir Geld haben müssen. So kommt es dann später mit dem Kreditantrag, es ist also korrekt, wie du das gesagt hast, Andrin.

Herr Andrin Battaglia: Der zweite Punkt ist, dass Aarau nicht bereit sein sollte, ich habe in der AZ gelesen, dass der Stadtpräsident sagte, er sei offen gegenüber solcher Diskussion, dass sie aber den Schritt nicht machen würden, dass sie auf den Schritt der umliegenden Gemeinden warten würden. Im Weiteren endet die ganze Fusion in einer Volksabstimmung, also die Bevölkerungsumfrage ist uns auch extrem wichtig. Es ist nicht so, dass hier gemauschelt werden kann, es gibt bei der Gemeindefusion am Schluss eine Volksabstimmung. Es ist nicht so, dass wir hier Nägel mit Köpfen machen, wir wollen eine Entscheidungsgrundlage haben. Es zeigt, dass es finanziell etwas anders aussieht, daran können wir ja noch arbeiten.

Herr Marc Jaisli, Präsident: Ich möchte noch erwähnen, dass der Gemeinderat dieses Postulat gerne annehmen möchte und möchte verweisen auf die unterste Textpassage. Aber mir ist wichtig, dass wir noch schnell darüber gesprochen haben. Der Gemeinderat sagt: "Es sei ausdrücklich festzuhalten, dass die Annahme dieser Motion keine unmittelbare Entscheidung über eine Fusion bedeutet, sondern lediglich die Ausarbeitung einer Entscheidungsgrundlage mit einem Fusionsvertrag, welcher später beiden Gemeinden zur Beurteilung und Abstimmung vorgelegt wird." Nur dass wir wissen, worüber wir abstimmen.

Herr Samuel Hasler: Wenn ich besonders über den letzten Absatz noch einmal innehalte, dann habe ich das Gefühl, dass das eine ziemliche Kopie des Zukunftsraumes ist. Die Abstimmung über den Zukunftsraum damals, hiess es anfangs ebenfalls, man solle Fusionsverhandlungen führen, eine Grundlage schaffen, ein Fusionsvertrag, das war ebenfalls noch kein Entscheid über eine Fusion. Aber in dieser Volksabstimmung hat das Volk mit fast 60 % nein gesagt. Und wenn wir jetzt wieder damit kommen und sagen, jetzt wollen wir noch einmal eine Abklärung machen, das letzte Mal hat das Volk zwar nein gesagt. Sind wir wirklich in der Lage zu sagen, dass das Volk das jetzt möchte? Haben wir wirklich momentan die Basis, vom Volk zu wissen, was sie wollen? In den letzten Volksabstimmungen, Zukunftsraum, Budget 2024, Bärenplatz, hat der Einwohnerrat mehrfach am Volk vorbei politisiert. Wollen wir nicht besser erst einmal die Grundlagen schaffen, wissen, was möchte die Bevölkerung? Wir wissen nicht, ob das Volk das möchte. Wir überweisen dieses Postulat, anschliessend kommt der Kreditantrag, der wird wahrscheinlich ungefähr 6-stellig, wie damals beim Zukunftsraum. Vielleicht geben wir dieses Mal das Geld aus, weil wir nicht das Referendum ergreifen. Aber am Schluss haben wir eine Volksabstimmung an der das Volk wieder nein sagt und wir haben dann wieder, ich weiss nicht wie viele hunderttausend Franken versenkt. Ich bin klar der Meinung, bevor wir die Abklärung machen über eine Fusion, müssen wir zuerst fragen, ob die Bevölkerung überhaupt fusionieren möchte. Wenn das Volk gar nicht fusionieren möchte, dann können wir uns das Geld wirklich sparen.

Frau Evelin Meier: Wir freuen uns, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will. Wir haben die Motion in ein Postulat umgewandelt, damit der Gemeinderat die Freiheit hat, die er braucht, um den Sinn der Motion umzusetzen. Wir haben eigentlich auch Vertrauen in den Gemeinderat, dass er das so macht und nicht auf andere Umwege kommt. Wir vertrauen darauf, dass er unsere Anliegen, wie sie da schriftlich formuliert worden sind, Schritt für Schritt angeht. Wir denken, dass das Postulat mit den Gedanken um die Fusion für Buchs, für die ganze Region Aarau, ein Entwicklungsschritt sein kann. Dass es eine ganze Region entwickeln kann schlussendlich auch. Es kann schlussendlich auch als Vision angeschaut werden. Ich denke, wir sind im Moment in Buchs an einem Punkt, an dem wir mehr Sackgassen haben als Lösungen, mehr Wege geschlossen sind als solche, die aufgehen. Und es braucht dringend irgendeinen Schritt in eine Richtung, wo wir am Ende des Horizontes wieder einen Lichtblick sehen können. Ich denke, dass Leute aus verschiedensten Parteien für das Projekt stehen, das zeigt mein Umfeld. Ich masse mir nicht an, die ganze Bevölkerungmeinung zu kennen, sicher nicht, aber ich bin aus verschiedensten Parteien und Couleur darauf angesprochen worden. Und das ergibt eben genau die Frage, warum ist die Fusion nie Thema? Ich weiss, es geht hier nicht um die Fusion, sondern nur über erste Schritte dazu. Mir ist es ein Anliegen, dass diese Chance genutzt wird. Es ist wirklich eine Chance, dass Buchs einen Schritt weitergehen kann. Und ja, es wird nicht gratis sein, das ist bei solchen Sachen immer so, da muss man auch transparent sein der Bevölkerung gegenüber. Und ja, man muss dann mit den Ängsten die entstehen bezüglich einer Fusion, sprechen. Das beinhaltet ja auch das jetzige Postulat. Ich denke aber, der Vergleich mit dem Zukunftsraum damals wäre sehr falsch und ein falsches Zeichen, es ist ja auch nicht der Zukunftsraum, das ist auch noch wichtig zu sagen. Es ist eine Fusion nur mit Aarau und nicht im grösseren Raum und mit umliegenden Gemeinden. Es ist ein Etwas, um zu Aarau ja sagen zu können.

Frau Heidi Niedermann: Ich verstehe mich überhaupt nicht als Fusionsturbo, aber ich bin sehr erfreut, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und ich entnehme hier ganz klar, dass es sich um eine Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage dreht zur Entwicklung unserer Gemeinde. Und wie Evelin schon erwähnt hat, ich wünsche mir sehr, dass wir aufgrund einer Entscheidungsgrundlage werden entscheiden können, wollen wir oder wollen wir nicht. Niemand hier weiss, wie das Volk an der Urne entscheiden wird. Vielleicht wird es ganz anders sein als vor 2 Jahren.

Herr Marc Jaisli, Präsident: Ich muss noch schnell richtigstellen, die Verdeutlichung zum Schluss des Postulats ist nicht durch den Gemeinderat entstanden, die kam von der Postulantin. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat auch dieser Meinung ist.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Es ist ein Postulat, es ist keine Motion mehr. Mit dem Motionstext wären wir nicht einverstanden gewesen, dann hätten wir den Vertrag umsetzen müssen und gleich den Kredit bringen. Jetzt aber machen wir einen Bericht und werden die Situation analysieren und der Meinung, die hier entstanden ist bezüglich der Befragung der Bevölkerung, sicher auch Rechnung tragen. Also wir machen jetzt einen Bericht, der dem Einwohnerrat vorgelegt wird, dann könnt ihr darüber beraten.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 16 : 21 Stimmen (bei 1 Enthaltung) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Rückkommensantrag Marius Fedeli zu Traktandum 9

Herr Marius Fedeli: Ich würde gerne einen **Rückkommensantrag** zum letzten Traktandum stellen. Wir haben jetzt klar gesagt, wir wollen keine Abklärung zu einer Fusion machen. Meine Frage an den Rat ist: Was wollen wir denn, was sagen wir der Bevölkerung? Wir haben den Abschluss der Jahresrechnung gesehen, wir haben lange über das letzte Budget diskutiert, wir sind uns nicht einig geworden. Ich gehe davon aus, dass wir uns auch dieses Jahr nicht einig werden, wenn es so weitergeht. Ich würde gerne von der Bevölkerung wissen, was unser Auftrag als Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen und auch was der Auftrag des Gemeinderates sein wird bezüglich dem Umgang mit dieser finanziellen Situation.

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung über den Rückkommensantrag von Marius Fedeli

Das Traktandum 9, Postulat Bevölkerungsumfrage weiteres Vorgehen Verschuldung Buchs, sei nochmals zu diskutieren.

Der Antrag wird mit 25 : 13 Stimmen abgelehnt. (Für die Annahme eines Rückkommensantrags ist eine 2/3 Mehrheit notwendig.)

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend Folgen der Aufsichtsanzeige gegen den Gemeinderat in Sachen Bauverfahren**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

Im Mai 2023 wurde gegen den Gemeinderat Buchs eine Aufsichtsanzeige beim Kanton eingereicht, da der Verdacht im Raum stand, dieser würde seine Kompetenzen bei Baubewilligungsverfahren überschreiten und Mitglieder der Exekutivbehörde würden sich daraus Vorteile entnehmen. Konkret wurden verschiedene Punkte geprüft, darunter:

- Korrekte Einhaltung des Ausstandes des betroffenen Gemeinderates
- Handhabung von Baugesuchen im vereinfachten Verfahren statt ordentlichem
- Ausstand der Abteilung Bau Planung und Umwelt, sofern der Vorsteher der Bauherr ist

Der Kanton kam in seinem Entscheid vom Januar 2024 zu der Ansicht, dass:

- Der Ausstand des betroffenen Gemeinderates nicht sauber protokollarisch festgehalten wurde. Der Kanton sprach eine Rüge aus.
- Eines der zwei betroffenen Baugesuche hätte nicht im vereinfachten, sondern im ordentlichen Bauverfahren realisiert werden sollen. Dies aufgrund Überschreitung der Flächengrösse des Bauprojektes. Die "Überschreitung des Ermessensspielraums des Gemeinderates [...] ist rechtsstaatlich fragwürdig". Der Kanton sprach eine Rüge aus ("die gerügten Ermessensfehler und Gehörsverletzungen sind gesamthaft nicht unbeachtlich").
- Das andere betroffene Baugesuch würde zwar Höchstwerte überschreiten und bauliche Massnahmen vorsehen, obwohl diese "nicht ohne erneute bauliche Veränderung vom Hauptgebäude getrennt werden könnte und keine Nebennutzung beinhaltet". Der Kanton spricht jedoch der Gemeindeautonomie hohen Stellenwert und entsprechenden Handlungsspielraum zu und ist der Meinung, "die Bedeutung dieses Bauprojekts aus Sicht der Aufsichtsinstanz daher noch ganz knapp als gering betrachtet" werden kann und das vereinfachte Verfahren als "vertretbar erscheint".
- Ein Ausstand der Abteilung Bau Planung und Umwelt war gemäss Kanton nicht notwendig.

Der Fall zeigt einen Einblick in die Arbeiten der Abteilung Bau Planung und Umwelt sowie in die Arbeit des Gemeinderates. Gemäss § 20, Absatz 3 Gemeindegesetz übt die Gemeindeversammlung bzw. in unserem Fall der Einwohnerrat die Aufsicht über die Gemeindebehörden und sämtliche Zweige der Gemeindeverwaltung aus. Deshalb stellen sich mir nun hierzu nachfolgende Fragen über Führung, Vorgehen und mögliche Folgen:

1. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass er sich an die gesetzlichen Bestimmungen über den Ausstand hält, diesen korrekt umsetzt und protokollarisch korrekt festhält?
2. Wie geht der Gemeinderat mit Geschäften um, wo ein Mitglied des Gemeinderates, in einer Funktion als Geschäftsleiter, Eigentümer oder ähnlichem, involviert ist?

3. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass private und wirtschaftliche Interessen von Gemeinderäten und deren näheren Verwandten keinen Einfluss auf Entscheide des Gesamtgemeinderates haben?
4. Wie stellt der Gemeinderat und die Abteilung Bau Planung und Umwelt sicher, dass bei Baugesuchen im vereinfachten Verfahren alle Bürgerinnen und Bürger gleichbehandelt werden?
5. Kann der Gemeinderat durch Vorlegen von (anonymisierten) Baubewilligungen von vergleichbaren Projekten belegen, dass das vereinfachte Verfahren auch in anderen Fällen derart grosszügig angewendet wird, wie in diesem Fall?
6. Gibt es klare Vorgaben, Tabellen, Werte, etc. was in Buchs unter ein vereinfachtes Bauverfahren fällt?
7. Wird der Gemeinderat an seiner bisherigen Bewilligungspraxis festhalten? Insbesondere wenn der Kanton keine Rüge erteilt, den Entscheid aber als "ganz knapp" vertretbar sieht?
8. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass bei Geschäften des Gemeinderates, wo ein Mitglied des Gemeinderates direkt oder indirekt (darunter fällt auch die nähere Verwandtschaft) betroffen ist und dieser gleichzeitig Vorsteher der geschäftsbehandelnden Abteilung ist, ein Ausstand dieser Abteilung nicht angebracht wäre?
9. Andere Gemeinden, zum Beispiel Suhr, Obersiggenthal, Windisch oder Brugg haben eine Baukommission. Wie ist die Haltung des Gemeinderates zu einer Einführung einer Baukommission in Buchs?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter:

Zur Frage 1: Hinsichtlich des Ausstandes gelten für die Verhandlungen des Gemeinderates die Vorschriften gemäss § 43 Abs. 2 Gemeindegesetz und die Bestimmungen über das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG). Es kommen somit die Ausstandsregelungen von § 16 VRPG zur Anwendung. Wie bei allen Aktivitäten im Rahmen des Amtes hält sich der Gemeinderat auch bezüglich Ausstandspflicht konsequent an die gesetzlichen Bestimmungen. Wo es nicht offensichtlich für alle erkennbar ist, sind die einzelnen Mitglieder verpflichtet, mögliche Ausstandsgründe rechtzeitig anzumelden. Die Gemeindeschreiberin wurde angewiesen - trotz rechtssicherer Geschäftsverwaltungssoftware "ActaNova", wo man das jederzeit nachvollziehen kann, - den Ausstand im Protokoll konsequent festzuhalten. Das war ein Mangel, den wir beheben werden.

Zu den Fragen 2 und 3 lautet die Antwort gleich wie zur Frage 1.

Zur Frage 4: Die Abteilung Bau Planung Umwelt und der Gemeinderat handeln immer nach bestem Wissen und Gewissen. Die Abgrenzung vereinfachtes Verfahren/ordentliches Verfahren ist nicht schwarz/ weiss und wird im Einzelfall beurteilt, die Gleichbehandlung ist dabei ein wichtiges Kriterium. Im Zweifelsfall kommt das ordentliche Verfahren zur Anwendung.

Zu Frage 5: Es wäre grundsätzlich möglich eine anonymisierte Liste mit vereinfachten Baubewilligungsverfahren erarbeiten zu lassen. Die Schwierigkeit ist, dass eben nicht erkennbar werden darf, um welches Baugesuch und welche Bauherrschaft es sich handelt, aus diesem Grund wäre auch die Aussagekraft eher gering. Eine solche Arbeit wäre auch mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden. Der Gemeinderat hat aus den erwähnten Gründen, im Rahmen der Beantwortung einer einfachen Anfrage darauf verzichtet, der Verwaltung einen solchen Auftrag zu erteilen.

Zu Frage 6: Die kantonalen gesetzlichen Grundlagen sind klar, es gibt keine Lex Buchs, aber sie sind eben nicht schwarz/weiss, vergleiche mit Ziffer 4. Die Prüfung erfolgt situativ im Einzelfall.

Zu Frage 7: Der Gemeinderat wird an seiner bisherigen Bewilligungspraxis festhalten. Er ist immer bestrebt im Rahmen der geltenden Gesetze liberal und mit den kleinstmöglichen Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Aussage im Bericht von die-

ser Aufsichtsanzeige "noch knapp" unglücklich bzw. nicht notwendig gewesen wäre. Denn entweder ist das Verfahren zulässig oder nicht. "Halb-zulässig" gibt es nicht.

Zu Frage 8: Die Aufsichtsbehörde hat diesbezüglich zu Recht keine Hinweise auf einen Ausstandsgrund gesehen. Für den Gemeinderat besteht demzufolge kein Anlass eine Anpassung vorzunehmen.

Zu Frage 9: Eine Baukommission befasst sich in grösseren Gemeinden mit professioneller Verwaltung in der Regel nicht mit der Baugesuchsbearbeitung, wobei Ausnahmen die Regel bestätigen. Eine Baukommission als Fachkommission für die gestalterische Beurteilung oder die Beurteilung von Ausnahmen oder sehr grossen Bauvorhaben kann aber durchaus Sinn machen. In Buchs ist mit der neuen BNO ein solches Fachgremium vorgesehen, wie es benannt wird ist noch offen, wir werden es aber einsetzen.

Herr Samuel Hasler: Als ich vor über 10 Jahren in der Lehre war, hatte ich einen Chef-Chef alter Schule, Gemeindepräsident, Politiker. Er hat mir eines klargemacht, das ich bis heute pflege: Fehler kann man machen, das ist menschlich, das ist normal. Aber was machst du, damit der Fehler nicht noch einmal passiert? Ich habe jetzt gehört, dass man sich konsequent an gesetzliche Bestimmungen hält und nach besten Wissen und Gewissen handelt. Die kantonalen Vorgaben sind also klar und man möchte festhalten an der bisherigen Praxis. Ich höre die ganze Zeit nur Aussagen, "ich habe es richtiggemacht", "die Rüge des Kantons habe Wörter drin, die gar nicht notwendig sind", das "noch knapp zulässig sei eine unnötige Aussage". Ich höre nirgendwo, dass der Gemeinderat oder der Herr Gemeindepräsident aufsteht und sagt: "Ja, es ist ein Fehler passiert, es ist ein grosser Fehler passiert". Der Herr Gemeindepräsident hat ein Baugesuch eingereicht, das so nicht hätte bewilligt werden dürfen vom Gemeinderat. Der Ausstand ist für den Kanton nicht klar ersichtlich gewesen. Aber all das fehlt. Deshalb noch einmal zurück zu den Fragen an den Gemeinderat und an dich, Urs: Was macht ihr jetzt wirklich anders, dass in naher Zukunft, also eigentlich jetzt schon, nie wieder der Fall eintreten kann, dass ein Gemeinderatsmitglied ein Baubewilligungsverfahren bewilligt bekommt, das nicht hätte bewilligt werden dürfen?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich möchte als Gemeindepräsident keine Stellung zu diesem Verfahren nehmen, wenn du mich persönlich ansprichst, ich war nämlich im Ausstand. Deshalb werde ich keine Stellung dazu nehmen. Im Übrigen sind das die Antworten des Gemeinderates, ich habe dazu nichts hinzuzufügen. So werden wir handeln und vorgehen.

Herr Samuel Hasler: Also dann nicht die Frage an den Gemeindepräsidenten, sondern, da er im Ausstand war, an seinen Stellvertreter, den Vize-Gemeindepräsidenten, Anton Kleiber: Was macht der Gemeinderat, damit das nicht wieder passiert?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich kann nur das bestätigen, was Urs Affolter bereits gesagt hat, das ist die Haltung des Gesamtgemeinderates, da gibt es keine anderen Haltungen einzelner Gemeinderäte. Wir haben die Beantwortung auch im Gemeinderat besprochen und zu diesen Behauptungen, Unterstellungen, die du geäussert hast, gibt es nichts weiter zu sagen, das lassen wir im Raum stehen. Wir haben unsere Antworten und unsere Verhaltensweise skizziert, das ist in der Antwort ganz klar formuliert. Mehr gibt es dazu vom Gesamtgemeinderat nicht zu sagen.

Herr Samuel Hasler: Gut, dann nehme ich zur Kenntnis, dass der Gemeinderat das Problem nicht lösen will. Dass er also das, was passiert ist, bewilligen will, ist halt so und bleibt auch so. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass er die Bevölkerung nicht aufklären will, dass er den Aufwand scheut, andere Baugesuche darzulegen. Aber bei aller Kritik muss ich noch ein Kränzchen binden an Parteikollegen dieser Gemeinderäte, an die FDP, danke für das Statement am Anfang der Sitzung. Jetzt wissen wir alle: Ihr steht hinter euren Gemeinderäten, ihr steht hinter dem, was sie hier machen und noch machen werden.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Ordnungsantrag Marius Fedeli auf Abbruch der Sitzung

Herr Marius Fedeli: Ich stelle einen **Ordnungsantrag** auf sofortigen Abbruch der Sitzung. Wir haben am Anfang darüber gesprochen, dass wir respektvoll miteinander umgehen soll. Wenn es so weitergeht, kommen wir nicht auf einen grünen Zweig. Die Fraktionspräsidien sind mit dem Gemeinderat zusammengesessen und sitzen weiter zusammen. Wir sind gewillt, dass wir das Verhältnis hier so behalten, dass es anständig ist und ich glaube diese Anfrage, dieses Weiterfragen, ist nicht mehr anständig, das ist auf persönlicher Ebene und das geht so nicht. Darum stelle ich den Antrag, dass wir die Sitzung hier beenden, damit alle einen kühlen Kopf bekommen können und nachdenken, damit wir die weiteren Anfragen an der nächsten Sitzung behandeln können.

Diskussion über den Ordnungsantrag

Herr Reto Bianchi: Nicht nur die FDP steht hinter unseren Gemeinderäten, auch ich, ich möchte ganz klar das Votum setzen: Ich stehe hinter unserem Gemeinderat, der uns vertritt und die die Arbeit, die sie leisten, gut leisten. Und wenn ich etwas rausnehme, das ich vorher gehört habe, du sprichst von "gross", ich höre von eigentlich "klein". Ich möchte eigentlich nicht die Sitzung abbrechen, nur die Diskussion, das hätte ich eher gesehen.

Herr Andreas Burgherr: Ich bin voll und ganz der Meinung von Marius und von Reto's Inhalt, diesen Ton habe ich noch nie gehört von dir, Samuel, das geht nicht. Aber ich finde es auch falsch, wenn wir die ganze Sitzung deswegen abbrechen. Aber ich würde ganz stark appellieren, dass wir persönliche Animositäten und Persönliches weglassen. Hier geht es um die Sache und die Anfragen wurden beantwortet. Ich sehe auch keinen Grund, die Sitzung abzubrechen, in dem Sinne würde ich gerne die Sitzung in Würde und Anstand und sachlich weiterführen.

Herr Marius Fedeli: Ich passe den **Ordnungsantrag folgendermassen an**: Traktandum 11, Eingänge, wird verschoben und wir behandeln direkt Traktandum 12, Verschiedenes.

Diskussion über den angepassten Ordnungsantrag

Frau Sandra Meier-Jaisli: Ich bin schockiert, ich kann es nicht anders sagen. Wir sind vom Volk gewählte Einwohnerräte, wir haben gewisse Aufträge. An dieser Sitzung kommen gewisse Fragen, die unter anderem auch von mir sind. Wir haben den Auftrag, das Volk zu vertreten und es ist unsere Aufgabe und unser Recht als Einwohnerräte, diese Fragen zu stellen und Antworten darauf zu bekommen. Aus diesem Grund möchte ich euch beliebt machen, dass wir die Sitzung, besser gesagt das Traktandum 11, Eingänge, nicht abbrechen, sondern normal die Sitzung weiterführen.

Frau Claudia Lupoli: Wir von der FDP-Fraktion möchten die Sitzung gerne weiterführen, aber unbedingt in einem normalen, anständigen Ton. Wir haben es vor der Sitzung bereits besprochen und es ist leider nicht durchgedrungen. Wenn es nicht besser wird, sind wir auch dafür, die Sitzung abzubrechen. Aber wir möchten trotzdem wirklich gerne weitermachen.

Herr Patrik Feusi: Ich kann dir nur beipflichten, Claudia, wir möchten die Sitzung auch weiterführen, aber in einem anständigen Ton. Ich finde es richtig, wenn wir Gebrauch von den demokratischen Rechten machen dürfen, die wir haben. Aber wie gesagt, wie auch von der SP gefordert, anständig. Und wenn das nicht klappt, werden auch wir auf Abbruch appellieren.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Marius Fedeli

Traktandum 11, Eingänge, wird verschoben und wir behandeln direkt Traktandum 12, Verschiedenes.

Der Antrag wird mit 32 : 5 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend Hacker-Angriff auf das Mail des Gemeindepräsidenten**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

Am 27. Februar wurde das Mailpostfach des Gemeindepräsidenten Urs Affolter Opfer einer Hackerattacke. Gemäss Gemeinde konnte die unbekannte Täterschaft Zugriff auf das Postfach erlangen und versendete Phishing Mails. Dieser Vorfall stellt mir diverse Fragen rund um die IT Sicherheit der Gemeinde:

1. Wie konnte die unbekannte Täterschaft Zugriff auf das Mailpostfach erlangen?
2. Wurde eine Loganalyse des Mailservers durchgeführt? Falls ja, welche Schlussfolgerungen konnten daraus gezogen werden? Ist der Ursprung des Angriffs bekannt?
3. Setzt die Gemeinde beim Mailwesen auf MFA? (Multi-Faktor-Authentifizierung)
4. Sind weitere Systeme, welche aus dem Internet erreichbar sind (z. B. ActaNova) MFA gesichert?
5. Wie konnte man sicherstellen, dass keine weiteren Systeme betroffen sind?
6. Wurden die betroffenen Empfänger der Phishing Mail informiert?
7. Kann sichergestellt werden, dass bei den Empfängern kein Schaden entstand? Falls doch, wer haftet hierfür?
8. Welcher finanzielle Schaden entstand bei der Gemeinde Buchs?
9. Hat die Gemeinde Buchs eine Cyberversicherung?
10. Wurde der Vorfall beim Bundesamt für Cybersicherheit BACS gemeldet?
11. Kann sichergestellt werden, dass vertrauliche Informationen, welche sich höchstwahrscheinlich im Postfach des Gemeindepräsidenten befinden, nicht abgezogen wurden?
12. Werden die Mitarbeiter der Gemeinde regelmässig auf die Gefahren von Phishing und co. hingewiesen und geschult?
13. In welchem Land werden die Daten (inkl. Mails) der Gemeinde abgespeichert?
14. Werden Daten (inkl. Mails) über ausländische Server geroutet/geleitet?
15. Warum wird kein DMARC-Record eingesetzt?
16. Warum ist ein Webserver im Einsatz, welcher seit bald vier Jahren nicht mehr von Microsoft Mainstream supportet wird. Wann ist ein Update geplant?
17. Was wurde unternommen, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich übergebe das Wort an den Leiter Finanzen und IT-Verantwortlichen, Patrick Bleuer, zur Beantwortung der technischen Fragen.

Herr Patrick Bleuer, Leiter Finanzen:

Zu Frage 1: Hacker haben sich Zugriff auf die Benutzerdaten verschafft und haben danach via offiziellem Kanal, also über die E-Mail-Adresse von Urs Affolter, Mails versendet.

Zu Frage 2: Wir haben umfassende Log-Analysen gemacht. Die Schlussfolgerung war, dass wir die Hacker-Zugriffe auf dieses Konto bekommen haben und im Anschluss Tausende von E-Mails im Namen von Urs Affolter verschickt worden sind. Der Ursprung ist uns nicht klar.

Zu Frage 3: Wir haben MFA, das ist den meisten sicher ein Begriff, da geht es um die Multifaktorauthentifizierung, die haben wir beim Mailwesen nicht im Einsatz.

Zu Frage 4: Auch weitere Systeme sind im Moment nicht zusätzlich mit MFA geschützt, da sind wir aufgrund dieses Vorfalls im Moment an einer Prüfung, aber auch schon aufgrund einer Analyse aus dem letzten Jahr. Noch ein kleiner Hinweis dazu: Viele externe Programme, auf die wir zugreifen, sei das bei SVA, sei es bei Banken, haben MFA. Das heisst, es ging nur noch um einen zusätzlichen Schutz unserer eigenen Programme.

Zu Frage 5: Wir können aufgrund umfassender Analysen seitens unseres Informatikdienstleisters das Statement abgeben, dass keine weiteren Systeme von diesem Vorfall betroffen sind.

Zu Frage 6: Die Empfängerinnen und Empfänger der Phishing-Mails, ich habe vorhin schon erwähnt, dass es Tausende waren, sind teilweise informiert worden.

Zu Frage 7: Es gibt Stand letzter Woche keinen Hinweis auf bekannte Schäden. Die Haftung liegt gemäss Auskunft unseres Versicherungspartners beim Empfänger der E-Mail, sofern zuerst eine Aktion erforderlich ist, sprich, das E-Mail, das er bekommt, zu öffnen und dann auf freiwilliger Basis seine persönlichen Daten eingibt (Klick, Login). Damit bestätigt er mehrfach, dass er dieses E-Mail öffnen will.

Zu Frage 8: Zu den finanziellen Schäden für die Gemeinde Buchs kann sehr umfassend berichtet werden. Wir gehen von maximal Fr. 1'000.-- aus, alle andere Schäden, die entstanden sind, sprich Mann/Frau-Stunden seitens der Verwaltung oder Informatik sind im Rahmen von Verträgen oder Versicherungsleistungen abgegolten.

Zu Frage 9: Die Gemeinde Buchs hat bereits seit vielen Jahren eine Cyberversicherung.

Zu Frage 10: Der Vorfall ist selbstverständlich umgehend, sprich nach 24 Stunden dem Bundesamt für Cybersicherheit BACS gemeldet worden.

Zu Frage 11: Aufgrund der umfassenden Analysen des Informatikdienstleisters gibt es keine Hinweise, dass Daten oder andere Informationen aus dem Postfach des Gemeindepräsidenten abgezogen worden sind.

Zu Frage 12: Hier kann ich leider kein klares Ja oder Nein aussprechen, eher ein Jein. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Stand heute nicht zureichend über die Gefahr aktiv informiert. Diese Tatsache wurde bereits in der durchgeführten Cyber-Security Analyse von letztem Jahr bemängelt. Wir sind daran, diesen Mangel zu beheben. Wir werden im Rahmen einer Beantwortung eines anderen politischen Vorstosses entsprechende Massnahmen präsentieren.

Zu Frage 13: Alle Daten der Gemeinde Buchs werden auf eigenen internen Servern Inhouse gespeichert. Die Backups werden mit Acronis Cloud täglich durchgeführt. Diese Backups liegen verschlüsselt in einem Schweizer Datacenter.

Zu Frage 14: Betreffend der Mails haben wir einen Spamfilter im Einsatz (auch von Acronis), der vor dem internen Mailserver geschaltet ist. Das bedeutet, dass dieser eigentlich die Spam-Mails filtern sollte. Der Spamfilter von der Firma Acronis steht aktuell in der EU (Irland), also nicht in der Schweiz. Dort werden Spams gefiltert und danach auf unserem internen Mailserver entsprechend verteilt oder empfangen.

Zu Frage 15: Da geht es darum, dass E-Mails zusätzlich authentifiziert werden. Bisher war DMARC-Record nicht im Einsatz. Aufgrund dieses Vorfalls, es gab in den letzten Wochen und Monaten diverse Angriffe auf Verwaltungen und private Unternehmen, ihr konntet es der Presse entnehmen, haben wir

DMARC-Record installiert. Wenn man den Zugang zu den persönlichen Daten ermöglicht, dann nützt auch DMARC-Record nichts, er hätte also auch nicht den gewünschten Nutzen gebracht.

Zu Frage 16: Ich gehe davon aus, dass in der Anfrage der Exchange-Server gemeint ist. Hier müssen wir technisch unterscheiden zwischen dem Mainstream-Support und Extended-Support. Es ist korrekt, dass der Mainstream-Support am 9. Januar 2024 abgelaufen ist. Es ist aber so, dass Microsoft in diesem Bereich den Extended-Support bis am 14.10.2025 weiterführt. Das heisst, dass wir weiterhin von diesem Schutz profitieren können. Der Server ist gemäss Auskunft unseres Informatikdienstleisters stets up to date. Mit diesem Extended-Support, der noch läuft, hat man weiterhin Zugriff auf Sicherheitsupdates. Es ist also nicht so, dass dort gar nichts mehr aktualisiert wird.

Zu Frage 17: Ein Blick in die Zukunft: Ich habe es vorher schon angetönt, es ist ein politischer Vorstoss noch pendent, das heisst, ein internes aktuelles Projekt ist die ganze Neubeschaffung der IT-Infrastruktur. Der Einwohnerrat wird zeitgerecht über dieses Projekt informiert. Selbstverständlich ist es für mich als Verantwortlicher der Informatik wichtig, dass wir auf so einen Vorfall reagieren. Wir haben zusammen mit einem externen Partner, der dieses Projekt aufgleist, die verschiedenen Faktoren aus diesem Vorfall in die Beurteilung einfließen lassen. Wir sind ausserdem an einer Prüfung, wie man der Cybersecurity das nötige Gewicht zukommen lassen kann. Was man aber auch sagen muss, das ist keine Neuigkeit, in vielen öffentlichen Verwaltungen oder Institutionen ist es immer auch eine Frage der finanziellen Mittel, die man bereit ist, zur Verfügung zu stellen und wir werden in den Analysen noch verschiedene Varianten sehen und entsprechend den Preis dazu nennen. Ich denke, eine grosse Lehre, die wir aus diesem Vorfall ziehen müssen und dürfen ist, dass wir unsere Mitarbeitenden, also unsere User oder die, die aus einem anderen Grund berechtigt sind, auf unsere Systeme zuzugreifen, entsprechend schulen und auf die Gefahren hinweisen werden.

Herr Marc Jaisli, Präsident: Ich möchte darauf zurückkommen, was wir vorher besprochen haben, bitte sachlich bleiben und nicht persönlich werden.

Herr Samuel Hasler: Vielen Dank für die sehr umfassenden Ausführungen. Bezüglich dem Server möchte ich nur rasch ergänzen: Grundsätzlich ist es ja das Ziel, dass man im Mainstream-Support bleibt. Ja, der Extended-Support hat insbesondere im Bereich Sicherheitslücken Updates. Das heisst, wenn du im Extended-Support bist, sollte man langsam beginnen zu planen. Weil Updates von Servern ist Ziel der Sache. Noch kurz zurück zu MFA, da hiess es, es sei nicht im Einsatz im Moment. Man hätte es aber schon letztes Jahr ins Auge gefasst im Rahmen der Cyberprüfung. Kann man sagen, wann das eingeführt werden soll?

Herr Patrick Bleuer, Leiter Finanzen: Vielleicht noch schnell zur Ergänzung zum Webserver: Der interne IT-Plan war ursprünglich, dass wir im 2023 neue IT-Infrastruktur bekommen, da wäre das passend gewesen mit den Ablaufdaten. Das hat sich dann verschoben aufgrund des politischen Vorstosses, weshalb es auch zu Verzögerungen kam, das als Backup. Es ist natürlich immer die Frage, welche Programme möchte man mit MFA schützen, möchte man die Login-Daten von Grund auf schützen, möchte man das Mailkonto schützen, möchte man ein Einwohnerdienstprogramm schützen, möchte man kantonale Programme schützen, mit denen wir zu tun haben. Das wird sich zeigen, besonders zu Anwendungen, die im www zugänglich sind, zum Beispiel ActaNova, haben wir bereits Anfragen gestartet und warten jetzt auf das Angebot. Und ich denke, dass da, wo es realistisch ist und da, wo wir Budget zur Verfügung haben oder der Gemeinderat eine dringende Ausgabe bewilligen kann, dort muss man es unbedingt sofort machen. Dort, wo es eine umfassende Angelegenheit ist, gehe ich davon aus, dass wir im Lauf des Jahres informieren können.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Eugenio Tura, SP und Grüne, betreffend gefährdete Mobility Standorte in der Gemeinde Buchs**

Herr Eugenio Tura reicht folgende Anfrage ein:

Die Mobility Genossenschaft informiert halbjährlich über gefährdete Standorte in der ganzen Schweiz, um allfällige Standorte zusätzlich zu fördern, damit diese nach Jahren/Jahrzehnten nicht geschlossen werden müssen. Seit diesem Monat ist der untenstehende Standort in Buchs AG beim Kaiserpark auf der Liste:

Folgende Standorte haben den ersten Status GELB erreicht:

Standort Nummer	Standort Name	Kanton	Kategorie	Eröffnungsjahr	Status Feb24	Gemeinde
1243	Buchs (AG) Zentrum	AG	Economy	1996	gelb	Buchs (AG)

Status Gelb heisst, dass der Standort zum ersten Mal auf der Liste der gefährdeten Standorte aufgeführt ist. Dies aufgrund der geltenden Mobility Kriterien, der den Standort neu als unterdurchschnittlich genutzt einstuft. Alle 6 Monate bewertet Mobility die Situation neu und entscheidet, ob der jeweilige Standort auf dieser Liste bleibt oder nicht. Wenn der Standort dreimal hintereinander auf gelb aufgelistet wird (Entscheid bis in 12 Monaten), ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass Mobility Genossenschaft ihn schliessen müsste/könnte.

Ich habe dazu folgende Fragen:

1. Wurde die Gemeinde Buchs/Gemeinderat über diesen Umstand seitens Mobility informiert?
 - a. Wenn ja, was wurde (bzw. wird) diesbezüglich unternommen?
2. Würde der Gemeinderat eine Defizitgarantie oder ähnliches in Betracht ziehen, damit dieser oder andere Standorte in Buchs nicht geschlossen werden müssen?
3. Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, bei den Nachbargemeinden (z. B.) Suhr und/oder Aarau nachzufragen, wie diese in solchen Fällen vorgehen, da in diesen Gemeinden schon gefährdete Standorte vorhanden sind?
4. Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, die Standorte in Buchs (falls gefährdet jetzt oder zukünftig) zu fördern?
 - a. Wenn ja, in welchem Rahmen (ev. analog in den Nachbargemeinden?)
 - b. Wenn nein, weshalb nicht?

Die Mobility Genossenschaft bezweckt den energie-, rohstoff- und umweltschonenden Betrieb von Fahrzeugen aller Art. Sie stellt die Fahrzeuge zur entgeltlichen Nutzung als ökologische und ökonomische Alternative zum privaten Eigentum zur Verfügung. Die Tätigkeit von Mobility trägt somit zu einer nachhaltigen Entwicklung von umweltverträglichen Formen der Mobilität bei. Gemäss einer Studie aus dem Jahre 2020 ersetzt ein Mobility Fahrzeug elf private Autos. Daher ist es aus genannten Gründen sehr wichtig, dass die Standorte in unserer Gemeinde nicht verringert werden.

Herr Gemeinderat Reto Fischer:

Zur Frage 1: Der Gemeinderat ist von der Mobility nicht darüber informiert worden, dass der Standort als gefährdet gelten soll. Zudem hat der Gemeinderat von Seiten Mobility die Standorte grundsätzlich nie mitgeteilt bekommen.

Zur Frage 2: Der Gemeinderat findet das Angebot der Mobility grundsätzlich gut und sinnvoll. Mobility ist ja aber grundsätzlich ein privates und gewinnorientiertes Unternehmen. Es ist nicht Aufgabe der Gemein-

de, private Unternehmen finanziell oder anderweitig zu unterstützen. Wenn ein Standort nicht rentabel ist, ist es einzig und alleine bei der Mobility, ob der Standort bleibt oder nicht. Zudem gibt es in der näheren Umgebung bei uns in Buchs noch weitere Standorte, bei denen man ein Auto ausleihen kann.

Zur Frage 3: Nein, weil für den Gemeinderat kommt es nicht in Frage, Unterstützung zur Sicherung eines Standortes zu leisten.

Zur Frage 4: Analog Frage 3: Der Gemeinderat könnte sich höchstens vorstellen, auf Anfrage von Mobility aber, zu prüfen, ob dem Unternehmen ein gemeindeeigener Parkplatz zum Beispiel kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Die Betonung liegt hier aber, dass wir hier nichts unternehmen, das müssten von Seiten Mobility kommen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Sandra Meier-Jaisli, SVP, betreffend Vereinbarkeit von Beruf und eigene Firma**

Frau Sandra Meier-Jaisli reicht folgende Anfrage ein:

Wir haben vernommen, von verschiedenen Seiten aus der Bevölkerung, dass unsere beiden Leiter Finanzen und Leiter Steuern eine eigene Firma gegründet haben. Laut Internet bieten sie Dienstleistungen an in Sachen Steuer- Finanz- und Immobilienfragen. Von verschiedenen Seiten aus der Bevölkerung wurden wir darauf angesprochen. Dies wirft nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Fraktion Fragen auf. Wir möchten verhindern, dass es wieder eine solche Situation gibt, wie wir sie früher schon hatten. Aus diesem Grund bitten wir den Gemeinderat uns zu folgenden Fragen Auskunft zu geben.

1. Weiss der Gemeinderat über diese Firma der beiden Leiter Finanzen und Steuern?
2. Wann wurde der Gemeinderat darüber informiert?
3. Wie ist die Haltung des Gemeinderats darüber?
4. Was wird unternommen, um Interessenskonflikte zu vermeiden?
5. Wurden die Pensen reduziert? Wenn nicht, wie ist dies möglich mit einem 100 % Pensum nebenbei noch eine Firma zu betreiben, um die Höchstarbeitszeit nicht zu überschreiten und bei der Gemeinde Buchs noch die eigentliche Aufgabe trotzdem seriös zu machen?
6. Dürfen die Arbeiten für die Firma nur in der Freizeit stattfinden? Wenn ja... wie wird dies von Seiten Gemeinderat kontrolliert? (laut Internet Öffnungszeiten Mo - Fr 08.00 - 17.00)
7. Kann ein Buchser Einwohner/in bei dieser Firma die Steuererklärung ausfüllen lassen? Wenn nein... wie wird dies von Seiten Gemeinderat kontrolliert?
8. Was wird von Seiten Gemeinderat unternommen diese beiden sehr kompetenten und geschätzten Mitarbeiter nicht zu verlieren?
9. Ist eine Anpassung im neuem Personalreglement geplant, um künftig solche Fragen zu vermeiden?
10. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass dieser sowie leitende Mitarbeiter ebenfalls eine Deklaration über die Interessensverbindungen, analog der Mitglieder des Einwohnerrates ausfüllen und publizieren sollte?

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter:

Zu Frage 1: Anfang letzten Jahres teilten Pascal Blunshi und Patrick Bleuer dem Gemeinderat mit, dass sie beabsichtigten, ausserhalb ihrer Tätigkeit bei der Gemeinde, in einer eigenen Firma, Dienstleistungen zu erbringen. Sie fragten den Gemeinderat daher an, ob der Gründung einer eigenen Gesellschaft (GmbH oder AG) aus Sicht der Gemeinde etwas entgegenstehen würde.

Zu Frage 2: Siehe Antwort 1

Zu Frage 3: Die getroffenen Abklärungen haben ergeben, dass der Gründung einer GmbH oder AG gestützt auf das aktuell geltende Personalreglement der Gemeinde Buchs nichts entgegensteht. Eine allfällige Tätigkeit für die eigene Gesellschaft erfolgt ausschliesslich in der Freizeit. Es handelt sich somit auch nicht um eine bewilligungspflichtige Nebenbeschäftigung gemäss Art. 20 Personalreglement.

Zu Frage 4: Von der Absicht der beiden hat der Gemeinderat Kenntnis genommen. Um eine allfällige Interessenkollision zum vornherein auszuschliessen, wurde zur Auflage gemacht, dass

- die Gesellschaft ausschliesslich Arbeits- und Dienstleistungen an nicht in Buchs steuerpflichtige natürliche Personen erbringt.
- die Gesellschaft für öffentliche Verwaltungen im Sektor Steuern und Finanzen (ausgenommen sind Lehrgangsaufträge) weder Beratungen noch Dienstleistungen erbringt.

Zu Frage 5: Patrick Bleuer und Pascal Blunshi sind mit unverändertem Pensum und in ungekündigter Stellung bei der Gemeinde angestellt. Im Übrigen gilt wieder die Antwort 4.

Zu Frage 6: Ja, vergleiche Antwort 4. Die beiden Abteilungsleiter geniessen das vollste Vertrauen des Gemeinderates - er wird die Situation natürlich trotzdem genau im Auge behalten. Fragen zur Organisation der Firma kann der Gemeinderat nicht beantworten, die müsste man ihnen selber stellen.

Zu Frage 7: Nein, vergleiche Antwort 4, das kann man nicht und die einzige Möglichkeit, dies zu kontrollieren ist mit der Einforderung von Rechenschaftsberichten. Andere Kontrollmöglichkeiten haben wir nicht und der Gemeinderat kann nicht in steuerliche Unterlagen Einblick nehmen, der Kanton könnte das aber natürlich.

Zu Frage 8: Den Rahmen dafür bietet grundsätzlich das Personalreglement. Der Gemeinderat hat ausserdem das Anliegen der beiden wohlwollend zur Kenntnis genommen und spricht den beiden das vollste Vertrauen aus.

Zu Frage 9: Das wird sich im Rahmen der Erarbeitung des Personalreglementes zeigen, welches wir jetzt aufgesetzt und bereits erste Sitzungen dazu hatten.

Zu Frage 10: Ja, jedoch ohne Publikation, denn es ist für die Öffentlichkeit ja nicht relevant.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Vielen Dank, geschätzter Gemeinderat, für die Beantwortung der Fragen. Ich habe eine einzige Bemerkung dazu: Ich schätze das persönlich sehr, dass die beiden Herren in den Ausstand getreten sind. Eine weitere Bemerkung: Auch ich habe das vollste Vertrauen in die beiden Herren. Ich bin der Meinung, dass sie beide einen ausserordentlich guten Job machen. Das hier waren Fragen, die aus der Bevölkerung an mich getreten sind, weil es gewisse Fragezeichen gab. Dies, weil solche Situationen in den vergangenen Jahren bereits vorgekommen sind. Und ich möchte den Gemeinderat noch einmal wirklich bitten, habt einfach ein Auge darauf. Aber wie gesagt, auch ich habe das vollste Vertrauen, ich schätze die beiden Herren sehr und hoffe, dass sie auch der Gemeinde Buchs weiter treu bleiben.

Herr Marc Jaisli: Ich erlaube mir schnell ein paar Sätze in meinen Worten als Präsident. Ich habe das Gefühl, dass Patrick und Pascal einen sensationellen Job machen. Jedoch habe ich diese Anfrage auch unterstützt, hierzu stehe ich auch. Aber ich habe das Gefühl, dass sie jetzt klar und kompetent beantwortet wurden. Ich wünsche mir, dass wenn die beiden Herren reinkommen, wir sie mit einem warmen Applaus begrüssen. Am Schluss möchte ich aber gerne noch die Aussage hinzufügen, dass wir ein Auge darauf haben werden, dem müssen sie sich bewusst sein. Geschätzter Patrick und Pascal, schön, seid ihr wieder retour, wir hoffen, ihr bleibt der Gemeinde Buchs noch lange erhalten. Wir haben das so besprochen, seid euch bewusst, dass wir ein Auge darauf haben, aber wir sind froh darum, euch als Mitarbeiter in unserer Gemeinde zu haben.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Patrick Bleuer und Pascal Blunshi befinden sich bei der Beantwortung der Anfrage im Ausstand.

Eingänge**Anfrage von Sandra Meier-Jaisli, SVP, betreffend Erweiterungsbau/Schulraumplanung KSAB**

Frau Sandra Meier-Jaisli reicht folgende Anfrage ein:

An einer Informationsveranstaltung vom 04.03.2024 (Einladung erging 10 Tage im Voraus) wurden die Eltern von den Kindergartenkindern der Abteilung altes Schulhaus informiert, dass der Kindergarten im "alten Schulhaus" geschlossen wird (per Ende Schuljahr). Grund dafür sei Platzbedarf für die Primarschule. Damit die laufende Klasse nicht auseinandergerissen werden müsse, werden diese nicht auf die anderen Kindergartenabteilungen verteilt, sondern als Ganze in das Gebiet Triesch verschoben, wo demnächst ein neuer Kindergarten-Schulraum gebaut wird. Laut Informationen vom Gemeinderat, als Bauherr, kann der neue Kindergarten Triesch 3 nicht wie geplant auf Beginn neues Schuljahr im August 2024 bezogen werden. Aus diesem Grund müsse die Kindergartenklasse "altes Schulhaus" zuerst im Schulhaus Risacher (in der Schulküche) untergebracht werden, bis der Kindergarten Triesch 3 fertiggestellt sei. Es werde nach einer geeigneten Lösung gesucht, weil die betroffenen Kinder, welche teilweise einen Schulweg von bis zu 1.7 km haben werden.

Auch wirft es Fragen auf, scheinen doch die Schulbehörden kurzfristig festgestellt zu haben, dass der Primarschule in Buchs Schulraum fehlt im Kindergarten aber auf welchen verzichtet werden kann. Anders ist jedenfalls nicht zu erklären die kurzfristige Einladung, welche nur 10 Tage vor Veranstaltung an die betroffenen Eltern ging.

Hinzu kommt der Umstand, dass der Kredit für den Kindergarten Triesch (Triesch 3) mit der Begründung beantragt wurde, dass aus diesem Gebiet mit 20 zusätzlichen Kindern gerechnet wird, welche nicht auf die bestehenden Kindergärten verteilt werden könnten (siehe Botschaft Erweiterungsbau Kindergarten Triesch vom 29. August 2023). Nun scheint aber, dass dieser zusätzliche Raum jedoch gerade nicht für Kinder aus diesem Quartier gebraucht zu werden, sondern für Kinder aus dem Ortszentrum. Entsprechend stellt sich auch hier die Frage, ob sich die Kreisschule Aarau-Buchs in Ihren Prognosen massiv verschätzt hat.

Ich bitte daher den Gemeinderat, die nachstehenden Fragen zu beantworten:

1. Wann wurde der Gemeinderat über diese geplante "Umteilung" informiert?
2. Wie ist es möglich, schlussendlich Kinder aus einem völlig andern Ortsteil den Kindergarten Triesch besuchen, obwohl dieser doch im Hinblick auf steigende Schülerzahlen in eben diesem Ortsteil bewilligt worden ist?
3. Wie viele Mehrkosten verursacht der notwendige Transport der Kindergartenkinder ins Triesch?
4. Mit wie vielen zusätzlichen Kindern aus dem Quartier Triesch wurde bei der Beantragung des Baukredits für den Kindergarten Triesch gerechnet? Bestehen Unterschiede zur tatsächlichen Situation? Wenn ja um wie viele Kinder handelt es sich?
5. Seit wann weiss der Gemeinderat, dass der Kindergarten "altes Schulhaus" neu für die Primarschule benötigt wird? Warum wurden die Eltern so kurzfristig zur Infoveranstaltung eingeladen?
6. War in Buchs bei der Primarschule ein unvorhersehbarer Anstieg der Schülerzahlen zu beobachten? Wenn ja warum? Und warum konnte dies nicht vorhergesehen werden?

7. War beim Kindergarten Buchs ein unvorhersehbarer Anstieg der Schülerzahlen zu beobachten? Wenn ja warum und warum konnte dies nicht vorhergesehen werden?
8. Warum kommt es zu Bauverzögerungen? Seit wann weiss der Gemeinderat davon?
9. Wurde von Seiten Gemeinderat über einen Baustopp diskutiert?
10. Könnte mit den aktuellen Schülerzahlen des Kindergartens der Gemeinde Buchs auf den Standort Triesch verzichtet werden? Wie sehen die entsprechenden Prognosen für die Schülerzahlen des Kindergartens aus? Wurden die Geburtenrückgänge ab dem Jahr 2021 berücksichtigt?
11. Wie viele Kinder besuchen welche Kindergartenklasse mit wie vielen Abteilungen? Wie viele Kinder besuchen welche Primarklasse mit wie vielen Abteilungen?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte zwei Sätze als Vorbemerkung machen. Von den 11 Fragen, kann der Gemeinderat 2 beantworten aus eigenem Wissen. Von den anderen Fragen findet man Informationen zum Teil in der Schulraumplanung und zum Teil habe ich diese bei der Schule erfragt. Ich werde in Zukunft bei weiteren solchen Anfragen die Antworten nicht mehr bei der Schule einholen, sondern beantworten, was der Gemeinderat beantworten kann. Und die anderen Fragen sind doch bitte an die Schule zu richten.

Zur Frage 1: Das war am 23. Februar 2024.

Zur Frage 2: Der Kindergarten im alten Schulhaus wird im Schuljahr 2024/2025 in einer Ausnahmesituation und für dieses Schuljahr als Klassenzimmer gebraucht. Klammer auf, es ist nicht möglich, eine Schulklasse in Kindergartenräumlichkeiten unterzubringen, wohl aber umgekehrt. Das Zimmer da war ursprünglich ein Klassenzimmer, also macht das absolut Sinn.

Zur Frage 3: Eine Lösung für die Mehrkosten wurde noch nicht definiert, man ist hier noch in den Verhandlungen. Für das Transportunternehmen rechnet man mit jährlichen Kosten von Fr. 50'000.--, das ist momentan der Diskussionsinhalt. Und wenn wir ÖV wählen würden, wären das ohne Personalkosten gerechnet ca. Fr. 10'000.--. Wenn Personalkosten, Begleitung aus der Schule, hinzurechnet, kommen noch einmal Fr. 15'000.-- hinzu, dann würde man also von rund Fr. 25'000.-- ausgehen. Das sind im Moment Schätzungen, weil man eben die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen hat und auch noch nicht weiss, welche Begleitperson mitgehen würde. Eine Klassenassistentin ist günstiger als eine schulische Heilpädagogin zum Beispiel vom Stundenlohn her.

Zur Frage 4: Wenn man die Schulraumplanung anschaut, sieht man im Bild, sind das die Zahlen von November 2022, Zahlen aus der Schulraumplanung. Und aktuell, darum hat es im 2025 und 2026 noch ein Fragezeichen, sind das diese Zahlen. Hier sieht man auch, wie volatil das ist, dass man einerseits eine Planung hat, die die ganze Stossrichtung definiert, aufgrund dieser man natürlich auch die Bestellungen macht. Aber wenn wir jetzt den Kindergarten anschauen, da gibt es je länger je mehr Eltern, die die Kinder zurückstellen. Das heisst, die Planung, die vom Normalfall ausgeht, kann, wenn es 10 Kindergärten sind und es werden da 10 - 20 Kinder zurückgestellt, spricht man von einer halben bis ganzen Abteilung. Das kann natürlich schulraumtechnisch je nachdem Schwierigkeiten geben. Im Moment ist es so, dass man eher knapp ist mit dem Schulraum, weil man ja in der Planung von einem zusätzlichen Schulraum ist und darum braucht man für diese Kindergartenabteilung bzw. Schulklasse jetzt eine spezielle Lösung.

Zur Frage 5: Das ist auch wieder der 23. Februar 2024. Die Kurzfristigkeit erklärt die Schule so, dass die Anmeldefrist für den Kindergarten am 28. Februar war und am 4. März führte man eine Infoveranstaltung durch, bei der ich auch anwesend war als Gemeinderat, um die Bausituation darzulegen. An dieser Veranstaltung hat man darüber informiert, worüber man informieren konnte zu diesem Zeitpunkt. Wenn man die Daten anschaut, dann war das eigentlich relativ zeitnah, nachdem der Anmeldetermin ausgelaufen war. Dann hatte man nämlich erst die effektiven Fakten und Zahlen, wie viele Kinder und wie viele Abteilungen es hat.

Zu Frage 6: Auf der nächsten Folien sieht man die Zahlen, die wir haben. Man sieht an den Abteilungszahlen, wir haben einen Anstieg in der Primarschule von 4 Abteilungen, das sind 4 zusätzliche Klassenzimmer, die man braucht. Im Risiacher ist man konstant bezüglich der Abteilungen, weil dieser Bau im Moment ausgelastet ist. Also hat man vor allem in der Gysimatte höhere Schülerzahlen, weshalb wir auch gerade daran sind, ein Provisorium zu planen. Auf der Basis dieser Zahlen hat man im 2022 seitens der Schule 4 Klassenzimmer mit Fachräumen für die Gysimatte und einen Ersatz für die beiden Kindergärten Brummelmatte und altes Schulhaus bestellt. Brummelmatte ist übrigens eine Mietwohnung, die nicht unbedingt optimal ist für einen Kindergarten und wenn man schon Provisorien aufstellt, kann man die Mietwohnung ja wieder zurückgeben und hat die Problematik im alten Schulhaus gelöst. Das heisst, wir planen gerade die Provisorien. Im Kindergarten ist die Schule immer mehr mit Rückstellungen konfrontiert, das macht die Planung mit den Abteilungen immer schwieriger. Die Ressourcensituation in der Gesamtschule zwingt die Schule, optimale Klassengrößen einzuplanen. Man muss also je länger je mehr ans Maximum gehen an die Zahlen, die noch möglich sind.

Zur Frage 7: Diese Frage sollte mit den Antworten zu 2 und 4 beantwortet sein. Das ist schlussendlich auch die Ursache dafür, dass im Mai 2022 der zusätzliche Kindergarten im Gebiet Triesch bestellt wurde.

Zur Frage 8: Am 21. September haben wir mit dem Unternehmer ein erstes Gespräch geführt, in dem wir den Zeitplan diskutiert haben, hatten aber zu diesem Zeitpunkt die Rechtskraft des Verpflichtungskredites noch nicht, diese trat erst am 1. November in Kraft. Und somit konnte man noch keinen verbindlichen TU-Vertrag abschliessen mit dem Unternehmen. An der zweiten Sitzung am 26. Oktober wurde beschlossen, dass das Terminprogramm auf die nächste Sitzung am 30. November fertig gestellt wird. Man bemerkte aber schon da, dass es wegen Schwierigkeiten zur Materialbeschaffung Verzögerungen geben kann. An der Sitzung vom 30. November hat man mittels einer Vorlage einen Vorgehensplan erstellt, wie man vorgehen möchte. Der KSAB wurden die Protokolle vom 26. Oktober und 8. November schriftlich zur Kenntnis gegeben. Diese haben also ab da Kenntnis gehabt. Ich habe die entsprechende Person an der Kreisratssitzung, ich meine, das war auch im Oktober, vorgewarnt, dass es vermutlich eine Verzögerung geben wird. Klammern auf, es wäre grundsätzlich möglich gewesen, im September den Kindergarten zu eröffnen. Es macht aber aus schulorganisatorischen Gründen keinen Sinn und hätte die Situation nicht verbessert. Es macht Sinn, dass die Schule nach den Herbstferien einziehen kann, dann haben die Kindergärtnerinnen auch noch Zeit, den ganzen Kindergarten einzurichten.

Zur Frage 9: Nein.

Zur Frage 10: Nein, man kann nicht auf den Kindergarten Triesch, den man gerade umsetzt und im Bau ist, verzichten. Weil die Schulraumplanung ganz klar sagt, dass man heute von 99 Schülerinnen und Schülern SuS ausgeht ohne die SuS aus dem alten Schulhaus, mit diesen kann man sogar von 107 SuS sprechen. Und 99 SuS auf vier Kindergärten wären im Schnitt 25 pro Abteilung und das sind grosse Zahlen für eine Kindergartenklasse. Die Schulraumplanung wird im 2024 wieder überarbeitet, das heisst, man macht das dieses Jahr wieder. Dem hat die Schule auch zugesagt, dass man alle zwei Jahre die Zahlen verifiziert, überprüft und im Moment geht die KSAB von einem Rückgang der Zahlen für ganz Buchs aus. Wie viele aber auf ein Gebiet fallen, kann man heute noch nicht sagen. Man sieht also auch da, es gibt vielleicht in einem Gebiet weniger SuS, in einem anderen dafür mehr. Das sind also Zahlen, die man jetzt noch nicht kennt. Man weiss noch nicht, wer in diesem Schuljahr zuziehen wird usw. Es ist also immer schwierig, in der Endausmarchung zu sagen, wo es eine Abteilung mehr oder weniger braucht.

Zur Frage 11: Hier sieht man auf der Folie auch, wie die Entwicklung im Kindergarten ist. Und zwar wären das die Schuljahre 23/24 und 24/25, das ist jetzt das, was geplant und umgesetzt wird. Und dort rechnen wir eben im alten Schulhaus nicht mehr mit der Kindergartenabteilung, weil dieser Raum für die Primarschule genutzt wird. Und wenn man die Primarschule anschaut, sieht man, dass es im alten Schulhaus eine Abteilung mehr gibt. Das ist eben die, die zusätzlich dort reinkommt und der Kindergarten, der zuerst ins Risiacher geht bis zu den Herbstferien und nachher im Triesch einziehen kann.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Vielen Dank für deine Ausführungen, Toni. Ich schätze es auch sehr, dass auch die Fragen beantwortet wurden, die ihr das nächste Mal nicht mehr beantworten werdet. Hier ist einfach meine Bemerkung: Wir haben einen Kredit im Einwohnerrat gesprochen für 2.2 Millionen Franken für den neuen Kindergarten oder die neue Kindergartenabteilung. Man hat damals ganz klar gesagt, dass da Kinder aus dem Gebiet Triesch kommen und deshalb denke ich, dass es schon nachvollziehbar ist, dass hier Fragen kommen, wieso Kinder aus der Mitte des Dorfes dort raus müssen. Aber wie gesagt, ich verstehe die Erläuterungen, vielen Dank dafür.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Sandra Meier-Jaisli, SVP, betreffend neuer Betriebsleiter Gemein-
desaal**

Frau Sandra Meier-Jaisli reicht folgende Anfrage ein:

Es freut uns, dass der Gemeindesaal Buchs einen neuen Betriebsleiter hat. Dazu erlauben wir uns einige Fragen zu stellen. Wir bitten den Gemeinderat dazu Stellung zu nehmen.

1. Wann wurde die Stelle als Betriebsleiter ausgeschrieben und wo?
2. Wie viele Bewerber gab es?
3. Wie hoch ist das Pensum der Stelle des Betriebsleiters?
4. Was sind die Aufgaben der Stelle des Betriebsleiters?
5. Wer ist der direkte Vorgesetzte und Stv.?
6. Seit wann ist die Stelle besetzt? Wann wurde die Stelle angetreten?
7. Ist es wahr, dass die Stelle an den Ehemann von Gemeinderätin Denise Zeller Xenaki vergeben wurde?
8. Besteht eine Konkurrenz mit der privaten Firma des Betriebsleiters (Zitrum7)?
9. Sieht der Gemeinderat keine Interessenskonflikte? Wenn ja wie würden mit diesen umgegangen?

Herr Gemeinderat Reto Fischer:

Zur Frage 1: Die Stelle wurde nicht ausgeschrieben, weil als bekannt geworden ist, dass wir für Carlo Humbel eine vorläufige und befristete Nachfolge finden werden müssen, der Kontakt mit Alex Xenaki bereits bestand. Der Kontakt kam über die Kulturkommission zu Stande. Bei einem persönlichen Gespräch hat er dann offiziell sein Interesse bekundet und ich bin dann Ende 2023 wieder auf ihn zugegangen und wir haben eine mögliche Zusammenarbeit besprochen. Durch dieses Vorgehen haben wir zusätzliche Kosten und Zeitaufwand auf ein Minimum reduzieren können.

Zur Frage 2: Siehe Antwort 1.

Zur Frage 3: Es ist ein Nebenamt mit einer fixen Entschädigung. Und nach Bedarf wird er dieses Pensum haben. Je mehr Anfragen es gibt, desto mehr Aufwand wird er haben. Je mehr Anfragen er hat, desto finanziell interessanter ist es auch für unseren Gemeindesaal.

Zur Frage 4: Primär kümmert er sich um die Reservationen, er ist Ansprechpartner für Interessentinnen und Interessenten, er steht ihnen zur Verfügung, unterstützt wird er durch die Betriebswarte Marco Brack und Ivana Buck, vor allem bei grösseren Anlässen.

Zur Frage 5: Das ist auf der Homepage des Gemeindesaals ersichtlich, das ist der Ressortchef Kultur.

Zur Frage 6: Alex Xenaki hat sein Nebenamt im Januar angetreten und wurde am Anfang eingearbeitet.

Zur Frage 7: Ja.

Zur Frage 8: Nein, es besteht keine Konkurrenz, ganz im Gegenteil. Wir können bzw. der Gemeindesaal kann von seinen Erfahrungen und örtlichen Nähe, die der am Tag hat, nur profitieren.

Zur Frage 9: Wir sehen auch hier gar keinen Konflikt. Sollte sich wider Erwartens solche ergeben, dann stehe ich in engem Austausch mit Alex und würde sie selbstverständlich sofort ansprechen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Alex Xenaki befindet sich bei der Beantwortung der Anfrage im Ausstand.

Traktandum 12

Verschiedenes

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich habe eine Information und zwar ist aus der Mitte der FGPK gewünscht worden, dass ich kurz informiere über den Stand der Motion von Thomas Meier betreffend Erhöhung der Mehrwertabgabe, Diskussion der BNO. Wir haben letztes Jahr Abklärungen getroffen. Es ist unsicher, ob das Vorgehen, wie er es vorgeschlagen hat, möglich ist oder ob wir ein anderes wählen müssen. Das ist noch nicht abschliessend geklärt. Wir wollten das eigentlich dieses Jahr angehen und die entsprechenden Aufträge erteilen. Wir brauchen einerseits einen Juristen und andererseits unseren Planer. Wir haben aber bekanntlich kein Budget, weshalb wir auch nichts machen konnten. Wir können das nicht umsetzen bis zur nächsten Sitzung, also innerhalb der Frist. Ich kann euch aber zusichern, dass der Gemeinderat diese Motion ernst nimmt und bereit ist, sie umzusetzen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Eigentlich wäre für heute vorgesehen gewesen, dass wir eine KIBEG Botschaft vorlegen werden. Aufgrund verschiedener Situationen ist das nicht möglich. Wir sind aber in der Bearbeitung, damit wir die Botschaft in der nächsten Sitzung vorlegen können. Finanziell hat das in dem Sinne keine grossen Auswirkungen, es läuft einfach weiter, wie es bisher gelaufen ist. Wir sind in der Abklärung, was wir genau ändern müssen, damit es so wird, wie wir es vorgesehen haben. Wir haben auch Steuerdaten eingeholt bzw. die, die wir einholen dürfen. So können wir abschätzen, wo eine Unterstützung wirklich etwas bringen würde, auch aus Gemeindesicht. Wir haben dann einen ersten Entwurf gemacht, den wir mit dem Kanton abgeglichen haben. Der Kanton war interessiert. Dann hatten wir da noch Informationen gegeben und hatten einen Austausch und mussten auch noch rechtliche Abklärungen machen. Dann kam der Informatikvorfall, der ebenfalls Ressourcen gebunden hat. Und ich möchte eine gute Vorlage bringen, keine schlechte. Darum werden wir in der nächsten Einwohnerratssitzung diese Botschaft vorlegen. Danke für das Verständnis.

Herr Reto Fischer: Wenn ihr die Traglufthalle noch nicht besichtigt habt, habt ihr die Möglichkeit noch in der Badi Suhr-Buchs-Gränichen, sie steht noch 1 Woche und wird dann abgebaut. Das könnte eine spektakuläre Geschichte werden, wenn ihr also Zeit und Lust habt, es wird um den 7./8. April herum sein, je nach Wetter lohnt es sich, dem Abbau zuzuschauen. Ich hoffe, dass sie in den Kisten Platz hat, damit wir sie nächstes Jahr wiederaufbauen können.

Am 1. Juni findet wieder unser Fest der Kulturen rund um den Gemeindesaal statt. Wir haben sehr viele Anmeldungen erhalten, es wird kulturell ein sehr interessantes Programm geben mit Gästen, Essen, Musik, Tanz und Unterhaltung aus der ganzen Welt und selbstverständlich auch aus der Schweiz. Entsprechend wird es für jeden Geschmack etwas dabei haben. Wenn ihr am 1. Juni von 12.00 Uhr bis 23.00 Uhr noch nichts vorhabt, seid ihr herzlich eingeladen, vorbeizuschauen als Einwohnerrätinnen und Einwohner-räte.

Der 1. August steht auch schon bald wieder vor der Türe. Hier wird es dieses Jahr einige Änderungen geben, wir werden euch rechtzeitig darüber informieren, auch wer die Festrede 2024 halten wird. Es sei schon mal gesagt, es ist jemand ganz spannendes, auf den ihr euch freuen dürft.

Informationen von Herrn Präsident Marc Jaisli:

Verabschiedungen

SP und Grüne	Sonja Morley	Mitglied vom 01.01.2022 - 31.12.2023	2 Jahre
SVP	Mersa Odzini	Mitglied vom 22.09.2022 - 31.03.2024	1.5 Jahre

Protokollführerin Einwohnerrat

Nicole Keusch erwartet Ende April ihr erstes Kind und wird daher ihre Stelle als Vize-Gemeindeschreiberin und Protokollführerin des Einwohnerrats aufgeben. Als Nachfolge konnte Andrea von Känel Briner gewonnen werden. Sie wird ihre Stelle am 1. Mai 2024 antreten. Da sind wir zuversichtlich und freuen uns auf ein neues Gesicht.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 18. Juni 2024 um 19.00 Uhr statt.

Dank

Der Präsident dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

Herr Reto Bianchi: Dem höchsten Buchser ist es egal, wie er genannt wird, aber er ist es und hat die Sitzung heute mit Bravour bestanden. Drei Neue haben wir im Rat, die sich neu engagieren, herzlichen Dank, seid ihr mit dabei. Eine Minute wurde beantragt, drei sind es geworden. Mit dem Wording von Urs haben wir uns Vieles noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Also ist es von einer Minute zu dreien geworden. Und ein Riesenfazit ist für mich ist, wieso in die Ferne schweifen, wenn du 20 Kilometer um Buchs herumfahren kannst? Mit so vielen Strassen und was auch immer. Heute haben wir beschlossen, dass wir das Tafelsilber gut verkaufen. Das war sicher eine weise Entscheidung. Wir haben auch ja gesagt zu Strassen, Spuren, Licht und Bushäuschen, wir haben uns auch gefragt, ob Temu- oder Amazon-Häuschen vielleicht günstiger wären. Nein, wir gehen in einer Einheit wie die ganze Region. Und was mir natürlich eine besondere Freude gemacht hat, die SVP vertritt eine Erhöhung der Sozialen Dienste, das hat mir sehr gefallen. Und es ist sicher etwas, das mir von dieser Sitzung bleibt. Ein Anliegen habe ich doch, wenn ich an den Ordnungsantrag von Marius zurückdenke: Wenn wir uns den Ton, wie wir miteinander umgehen, auf wen wir spielen, gut überlegen, denn schliesslich, das wissen alle Musiker unter uns, der Ton macht die Musik. Ich wünsche allen einen guten Abend.

5033 Buchs AG, 4. April 2024

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Marc Jaisli

Cornelia Crouch